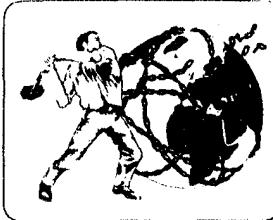


PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nummer 27

Dezember 1981

Preis DM 1,50

Der westdeutsche Imperialismus bereitet sich auf den Krieg vor:

Die Friedensheuchler entlarven!

Am 10. Oktober kam es in Bonn, ähnlich wie in zahlreichen anderen Städten Europas zu einer großen, mehrere Hunderttausend umfassenden Demonstration unter dem Motto: "Für Frieden und Abrüstung! Gegen die Neutronenbombe der USA in Westeuropa!" und ähnlichem.

GEGEN DIE STRÖMUNG hat die Organisatoren und Veranstalter dieser Demonstration von Anfang an als Kräfte eingeschätzt, die mit dem Mittel des imperialistischen Pazifismus die Ziele und Interessen des westdeutschen Imperialismus verfolgen, der mit dem US-Imperialismus, dem sowjetischen Sozialimperialismus und anderen imperialistischen Großmächten in imperialistischer Konkurrenz kämpft.

Es gab praktisch keine organisierte Opposition zu dem pazifistischen Spektakel, mit Ausnahme von unseren Flugblättern.

Auch wenn die Organisation der Demonstration ganz eindeutig von konterrevolutionären Kräften kontrolliert wurde, auch wenn es praktisch keine organisierte fortschrittliche oder revolutionäre Opposition gab, so waren deswegen noch lange nicht alle 300 000 Teilnehmer auf die Demonstration gekommen, in der Absicht, den westdeutschen Imperialismus zu stärken. Etliche der Demonstrationsteilnehmer suchten sicherlich in gutem Glauben nach neuen Wegen, ein neues imperialistisches Völkergemetzel zu verhindern.

Ein Großteil der Demonstranten war noch sehr jung, ganz offensichtlich zum Teil sogar zum ersten Mal überhaupt auf einer Demonstration und von daher sicherlich offen für die unterschiedlichsten politischen und ideologischen Richtungen. Ganz offensichtlich herrschte die Ideologie des Pazifismus vor, der Glaube, durch "Friedenswillen"

alleine könnten die imperialistischen Kriegstreiber "friedlich" vom Krieg abgehalten werden. Unter den älteren Demonstrationsteilnehmern befanden sich zum großen Teil Leute, die man gewissermaßen als "beamte Friedensfreunde" charakterisieren könnte, die in Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Jugendhäusern etc. im Interesse des westdeutschen Staatsapparates und von diesem fest im Griff gehalten pazifistische Politik betreiben, um insbesondere Jugendliche von einer wirklich revolutionären Alternative abzuhalten.

Angesichts des mit ungeheurem Aufwand betriebenen Pazifismus und der zahlreichen Parolen, die auf die Unterstützung des westdeutschen Imperialismus abzielen wie "Für einen neuen Patriotismus! Für Neutralität"

(So brachte die Illustrierte Stern nach der Demonstration in Bonn unter eben diesen Parolen auf ihrer Titelseite Jugendliche in Parka mit der Deutschlandfahne in der Hand) sah sich GEGEN DIE STRÖMUNG verpflichtet, unmissverständlich vor den Lügen zu warnen, gleichzeitig aber auch die wichtigsten Grundsätze des Marxismus-Leninismus zu Fragen von Krieg und Frieden zu propagieren. GEGEN DIE STRÖMUNG verbreitete in hoher Auflage das nachfolgend wiedergegebene Flugblatt, das nur halb so groß wie eine Postkarte war.

Mit dieser etwas ungewöhnlichen Form der Aufmachung ermöglichten wir einerseits, daß das Flugblatt in höherer Auflage verbreitet werden konnte, im vollen Bewußtsein, daß nur eine Minderheit bereit sein würde, sich ernsthaft mit dem Inhalt des Flugblattes auseinanderzusetzen; andererseits zeigte das Kleinformat ganz praktisch,

PROZESS

gegen Walter Hofmann wegen «böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland» in einem Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG

Am 4. November kam es in Frankfurt zum ersten Gerichtsprozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen eines Flugblattes von GEGEN DIE STRÖMUNG, Walter Hofmann. In der Anklageschrift hieß es unter anderem, der Angeklagte habe

"durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht..

Der Angeklagte ist presserechtlich verantwortlich für eine Flugschrift mit der Überschrift: 'Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht vom Kampf gegen den Imperialismus getrennt werden!' (Zum faschistischen Militärputsch in der Türkei - Zum faschistischen Attentat in München).

Auf Seite 2 dieser Flugschrift heißt es:

'Ganz unbestreitbar waren die Spuren, die auf die Angehörigen der faschistischen Bande "Wehrsportgruppe Hoffmann" deuteten; dennoch wurden keine Faschisten bisher festgenommen, die weiterhin ungestört ihren faschistischen Geschäften nachgehen. Der Staatsapparat sorgt sich ganz offensichtlich nicht um dieses Treiben, sondern billigt es. Wie ließe sich sonst erklären, daß selbst nach einem derartig barbarischen Verbrechen zum Beispiel der Waffenbesitz solcher Faschisten kein Grund zu sein scheint, sie festzunehmen? Warum sollte der westdeutsche Staatsapparat gegen Faschisten vorgehen, ist er doch selbst seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 mit Angehörigen der Hitlerschen SS, ehemaligen GESTAPO-Leuten, NSDAP-Mitgliedern von oben bis unten durchsetzt, sind doch gerade im Bereich des Unterdrückungsapparats des westdeutschen Staates Experten aus der Zeit des Hitlerfaschismus zu finden gewesen und immer noch zu finden, > S. 5



"DEUTSCHE PANZER SIND DAS BESTE FRIEDENSTRUMENT..."

Zum Kampf gegen die Startbahn - West:

Ein Lehrstück, wie die Militarisierung und Faschisierung vorangetrieben werden

SEITE 9

Reaktionen

AUF DAS FLUGBLATT VON GEGEN DIE STRÖMUNG: "DIE FRIEDENSHEUCHLER ENTLARVEN!"

Die Redaktion von GEGEN DIE STRÖMUNG erhielt einige Zuschriften, die auf das Flugblatt "DIE FRIEDENSHEUCHLER ENTLARVEN" eingingen.

Von verschiedener Seite wurde uns vorgeworfen "zu wenig auf den Bewußtseinsstand der Teilnehmer der Demonstration eingegangen zu sein". So hieß es zum Beispiel in einer Zuschrift im Hinblick darauf, daß wir betonten, man müsse "am Ziel des Sturzes der imperialistischen Ordnung festhalten":

"Die eigenen, von niemandem geteilten, Umsturzziele mitzuteilen, ist nicht Agitation, sondern Abgrenzung und damit Selbstbespiegelung."

Nach Auffassung dieses Kritikers müßten sich also die Aussagen in einem Flugblatt zum imperialistischen Krieg auf das beschränken, was von den Lesern des Flugblatts geteilt würde?

Eine derartige Vorstellung widerspricht der ganzen Zielsetzung marxistisch-leninistischer Propaganda. Sich solche Grundsätze zu geben, bedeutet, sich auf das in der Agitation und Propaganda zu beschränken, was sowieso schon klar ist, also sich zum Schwanz einer Bewegung zu machen, die Spontaneität anzubeten, wogegen schon Lenin vor 80 Jahren einen unversöhnlichen Kampf geführt hatte.

In der Tat war GEGEN DIE STRÖMUNG von vorneherein klar, daß die Aussagen im Flugblatt nur eine Minderheit ansprechen werden, die bereit ist, sich näher mit den im Flugblatt angeschnittenen Problemen zu beschäftigen.

Eine andere mehrfach wiederholte Kritik:

"Die BRD bereitet schon einen Krieg vor, aber nicht unabhängig von den USA oder gar gegen sie, sondern im Bündnis mit ihnen und unter vom Eigeninteresse diktierter Unterordnung unter deren jeweilige Marschlinie."

Wir sehen es als besonders wichtig an, gerade gegen diese Vorstellung anzukämpfen, die sich nur einen Verlauf eines drohenden Dritten Weltkrieges vorstellen kann, einen Krieg zwischen Ost und West unter Führung von USA und Sowjetunion. Für uns ist ganz besonders wichtig, die Antiimperialisten, darauf hinzuweisen, daß die imperialistische Rivalität sich zwischen allen imperialistischen Großmächten entwickelt, was ein wirklich stabiles Bündnis zwischen imperialistischen Mächten verunmöglicht.

Ganz entscheidend ist dabei, daß die Marxisten-Leninisten und Antiimperialisten die wirklich gegen den imperialistischen Krieg kämpfen wollen, gegen alle imperialistischen Mächte Front machen müssen, in welchem Gewand sie auch immer auftreten mögen; vor allem muß dabei stets der Kampf gegen die imperialistische Macht des eigenen Landes gekämpft werden.

Die westdeutschen Imperialisten stärken ganz gezielt ihre selbständige Macht und halten sich dabei Bündnismöglichkeiten mit allen imperialistischen Großmächten offen, ohne sich dabei auf dieses Bündnis zu verlassen; in diesem Rahmen strecken sie auch ihre Fühler in Richtung Sowjetunion aus, was von vielen angesichts des Theaterdonners der Propaganda "übersehen" wird. Fest steht, die westdeutschen Imperialisten bereiten sich selbstständig auf einen imperialistischen Krieg vor ohne von vorneherein sich festlegen zu lassen, mit wem und gegen wen sie in einem derartigen Raukrieg ihre eigenen räuberischen Ziele und Pläne durchsetzen werden. ■

daß es durchaus auch unter schwierigeren Bedingungen möglich sein wird, unzensierte marxistisch-leninistische Propaganda so zu verbreiten, daß keine Rückschlüsse gezogen werden können, wer der Verteiler ist. ■

Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG

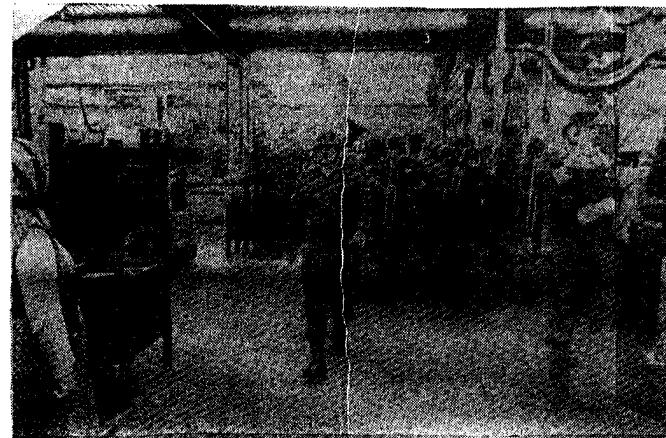
Die Friedensheuchler entlarven!

An Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg wie der Demonstration in Bonn am 10.10.1981 nehmen heute immer noch eine ganze Palette bezahlter Volksbetrüger teil. SPD und FDP-Abgeordnete, DKP und DGB-Bonzen werden zudem unterstützt von "Grünen" wie diversen anderen sich gar "kommunistisch" nennenden Gruppen. Die schmutzigen Lösungen dieser heuchlerischen "Friedenskämpfer", die den wirklichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg sabotieren, müssen entlarvt werden!

SCHMUTZIGE LOSUNG NR.1 : "MEHR OPPOSITION GEGEN DIE USA SCHAFFEN"

Es ist "modern" geworden heute mit geheuchelter Empörung auf den USA-Imperialismus zu zeigen und dessen Kriegstreiber anzuprangern. Reagan allein ist der Kriegstreiber --posaunen alle, die den EIGENEN IMPERIALISMUS aus der Schußlinie nehmen wollen. Das uralte Ablenkungsmanöver, immer auf die anderen zu deuten, um die eigenen Pläne zu verschleiern verstärkt sich in der letzten Zeit immer mehr. Und das ist kein Zufall:

Die "Opposition gegen die USA" hat eine ganz reaktionäre Grundlage. Der westdeutsche Imperialismus ist heute schon längst wieder eine imperialistische Großmacht, ein eigenständiger Kriegsherd. Bei der Jagd auf Maximalprofite gerät er überall auf der Welt in der Türkei, in Lateinamerika u.s.w. - in Räuberrialität mit der USA. Und so beginnt man heute die "Expansion der USA" zu kritisieren... weil der westdeutsche Imperialismus selber Kriege vorbereitet und expandiert!



Auf Anregung des westdeutschen Kriegsministers Apel fand nun das erste militaristische "Gelöbnis"-Spektakel in einer Fabrik im Saarland statt! Diese ungeheure Provokation gegen die westdeutsche Arbeiterklasse muß bekämpft werden! Das bedeutet auch Kampf gegen die Arbeiteraristokratie in Betrieb und Gewerkschaft, die diese Militarisierung unterstützt und betreibt.

Kurz, es soll von all den schmutzigen Friedensheuchlern eine Atmosphäre geschaffen werden, in der die Leute glauben, daß Westdeutschland und Leute wie Schmidt (der wirklich seinen Fahneneid als Offizier der faschistischen Wehrmacht nie gebrochen hat und weiterhin für ein "Deutschland, Deutschland über alles" gemäß den heutigen Bedingungen kämpft) keine Kriegstreiber sind! Und das eben ist eine faustdicke Lüge.

Klar, die US-Imperialisten sind Banditen und Mörder, der US-Imperialismus muß genau wie der russische Sozialimperialismus und alle Imperialisten als Kriegstreiber bekämpft und entlarvt werden. Aber:

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg muß sich hier in Westdeutschland vor allem gegen den westdeutschen Imperialismus und die verlogene Friedensheuchelei der "eigenen Regierung" richten.

SCHMUTZIGE LOSUNG NR. 2 : "FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN"

Diese Lösung ist sehr wichtig - wichtig für die Ausbeuter, die weiter "in Frieden" ausbeuten wollen und wichtig für die Kriegstreiber die weiter "in Frieden" Kriege für Profite und gegen die Völker vorbereiten und durchführen wollen. Diese Lösung ist durch und durch reaktionär:

Wir sind nicht nur gegen den imperialistischen Krieg, wir sind auch gegen den imperialistischen Friedhofsfrieden. Es gibt eben zweierlei Kriege und zweierlei Frieden: Wir unterstützen nur revolutionäre Kriege gegen Ausbeutung und Unterdrückung und wir kämpfen nur für den Frieden ohne Blutsauger und Schlächter!

Was sollen denn etwa die Arbeiter in der Türkei -- nachdem der Militärputsch "Frieden" geschaffen hat -- tun? Wie sollen sie diesen elenden faschistischen Frieden beseitigen? Ist es wirklich so schwer zu verstehen, daß die imperialistischen Wölfe aus der Türkei nur vertrieben, der faschistische Staatsapparat der abhängigen Bourgeoisie und der Grundherren nur gestürzt werden kann durch den KAMPF MIT W A F F E N ?

Wir sagen unzweideutig: Sowohl den imperialistischen Frieden als auch den imperialistischen Krieg müssen wir durch revolutionäre Kriege der Volksmassen bekämpfen.

SCHMUTZIGE LOSUNG NR.3 : "EUROPA DARF KEIN SCHLACHTFELD WERDEN"

Gemäß dem Motto: "Mag auch die Welt mit Kriegen überzogen sein, Massenmorde auf der Tagesordnung stehen... solange bei mir der Schweinebraten

auf dem Tisch steht, solange es auch in der Nachbarschaft ruhig ist, solange kümmert mich das alles nicht. Nur Deutschland, Europa darf kein Schlachtfeld werden." Das ist die Spießermoral, der typisch deutsche und europäische Chauvinismus. Nach dieser Logik ist ein Mensch nur ein Mensch, wenn er einen europäischen Paß hat und Kriege der Imperialisten gegen die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zählen nicht. Die Lösung "Europa darf kein Schlachtfeld werden" ist auch die Lösung von eindeutigen FEINDEN der Revolution in den Ländern Europas, da ja bekanntlich auch jede Revolution ein gewisses Schlachtfeld hinterläßt, nicht "gewaltlos" und ohne Opfer durchgeführt wird.

WIE UND MIT WELCHEM ZIEL DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG BEKÄMPFEN ?

1. Gegen die massive Kriegshetze in Radio und Fernsehen, die sich noch bei Ausbruch eines imperialistischen Krieges um ein Vielfaches steigern wird, gegen den dann entstehenden chauvinistischen Taumel und die gnadenlose Verfolgung der Revolutionäre muß jeder Revolutionär den Mut haben GEGEN DIE STRÖMUNG ANZUKÄMPFEN und am Ziel des Sturzes der imperialistischen Ordnung - die die Wurzel und Ursache für die imperialistischen Kriege darstellt - festhalten. Weitere Aufgaben sind :

2. In Theorie und Praxis für die VERBRÜDERUNG DER ARBEITER ALLER LÄNDER gegen die Ausbeuterklassen kämpfen.

3. Nicht in die Falle der bürgerlichen Legalität reintappen, sondern sich und andere rechtzeitig, sorgfältig und mit wissenschaftlicher Planung auf den illegalen Kampf mit allen Konsequenzen vorbereiten.

4. Keine Illusionen über die Hauptstütze der Imperialisten, ihre Armee haben und von vornherein außerhalb und innerhalb dieser Armee auf die Zerschlagung der Armeen hinarbeiten, die UMWANDLUNG DES IMPERIALISTISCHEN KRIEGES IN DEN BÜRGERRKRIEG, in die Revolution propagieren und durchführen. Für die NIEDERLAGE der "eigenen" Regierung kämpfen!

Das sind gewaltige Aufgaben... aber die Erfüllung dieser Aufgaben ist wirklich der einzige Weg im Kampf gegen den Imperialismus und den imperialistischen Krieg.

Die Erfahrung des 1. und des 2. Weltkrieges haben gezeigt : In allen Ländern waren die konsequenteren Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg die kommunistisch gesinnten Arbeiter und die von ihnen geführten Werktätigen. Lenin und die Bolschewiki gingen im ersten Weltkrieg genau den richtigen Weg, setzten die Revolution mit einem klaren Ziel, mit der Abschaffung des Kapitalismus dem imperialistischen Krieg entgegen und stützten sich beim bewaffneten Kampf auf die Werktätigen! So konnte der 1. Weltkrieg beendet werden. Im 2. Weltkrieg kämpften von Anfang an kommunistisch geführte Partisanen gegen den imperialistischen Krieg. Zunächst die Rote Armee und die Partisanen in China, dann auch die Rote Armee und die Partisanen der Sowjetunion, die Partisanen in Albanien, Polen, Frankreich, Italien und vielen anderen Ländern:

8 Sie besiegten die faschistischen Kriegstreiber nicht mit Bibeln und Sprüchen wie "gewaltfreier Widerstand", sondern mit der Maschinengewehr in der Hand. Sie kämpften nicht einfach für "Frieden", sondern für einen Frieden ohne Ausbeuter, sie verbanden den Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf für den Sieg der demokratischen und sozialistischen Revolution, für den Aufbau des Sozialismus. Das gab die Kraft trotz unbeschreiblicher Brutalität der Imperialisten diesen Kampf durchzuführen.

Für uns heute in Westdeutschland gilt es, eben diese Erfahrung auszuwerten und diesen Weg zu gehen: Die Arbeiter müssen gegen den imperialistischen Krieg mit der Perspektive des Sturzes des westdeutschen Imperialismus kämpfen, die Arbeiter in Westdeutschland müssen die imperialistische Bundeswehr wie den ganzen Staatsapparat von oben nach unten zerschlagen im Kampf für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus !

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS ! ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS !

ViSdP:W.Hofmann, 6 Frankfurt/m, Homburger Landstr.52 / GEGEN DIE STRÖMUNG / unterstützt von Bol'sevik Partizan

Eine berechtigte Kritik:

Genossen vom WESTBERLINER KOMMUNIST sandten uns folgende Kritik zu, mit der wir voll und ganz einverstanden sind. Sie schrieben uns:

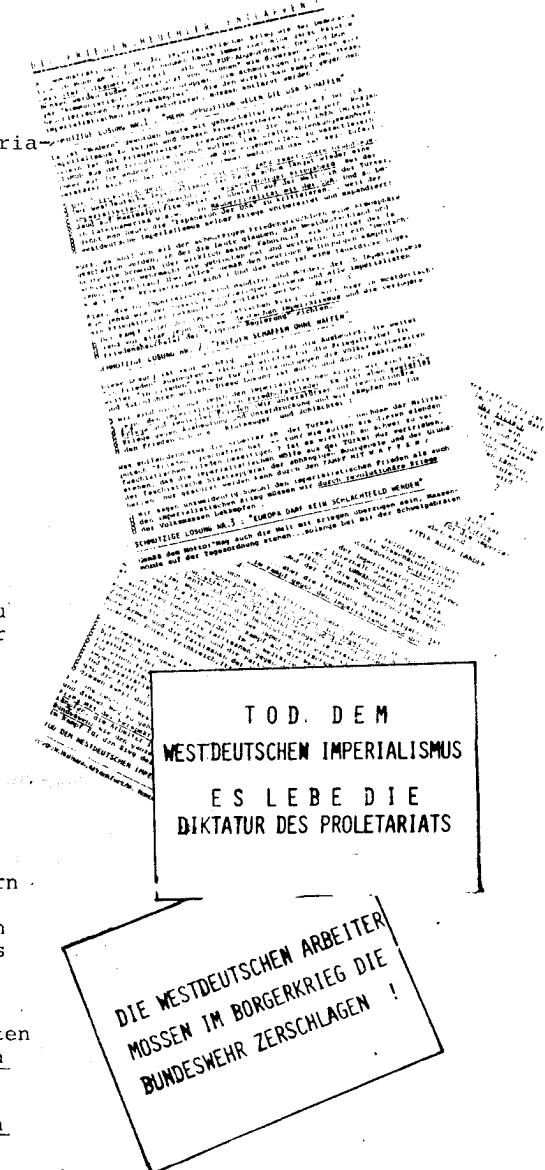
"Einig war man sich darin, daß das Flugblatt und seine Verteilung gut und nützlich war. Erstens, weil es wesentliche Aufgaben der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg in Westdeutschland propagiert. Zweitens, weil im Kern treffend die 'schmutzigen Lösungen' der Volksbetrüger und ihres Nachtrabs entlarvt werden und ihnen der Kampf angesagt wird.

Ein Problem wurde jedoch darin gesehen, welche Haltung zur bestehenden Friedensbewegung und zur Demonstration in Bonn eingenommen wird. Hierzu findet sich am Anfang des Flugblattes der Satz: 'An Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg wie der Demonstration am 10.10.81 nehmen heute immer noch eine ganze Palette bezahlter Volksbetrüger teil.'

Hierzu ist folgendes zu bemerken: Es ist sicher ganz richtig, daß bezahlte Volksbetrüger an dieser Demonstration teilnehmen. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Diese nehmen nicht nur teil, sondern drücken der gesamten Demonstration wie der Friedensbewegung überhaupt weitgehend ihren Stempel auf, bestimmen die Lösungen, die sich der Großteil der Demonstranten zu eigen macht, auch wenn sie aus ehrlichen Motiven für den Erhalt des Friedens eintreten. Stellt man dies in Rechnung, daß die Friedensbewegung und die Demonstration zum größten Teil unter dem Einfluß und unter den Lösungen der Volksbetrüger marschiert, so kann man diese wohl kaum als Demonstration gegen den imperialistischen Krieg bezeichnen. Nicht nur weil der entscheidende Prüfstein eines wirklichen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg der Kampf gegen den 'eigenen' Imperialismus ist, sondern auch weil sich diese Bewegung heute nur ganz begrenzte Ziele gibt, wie: Keine weitere Aufrüstung, keine Stationierung von Mittelstreckenraketen usw.

Unsere Kritik ist also, daß zu Beginn des Flugblattes nicht in ausreichendem Maße der Rahmen abgesteckt wird (bzw. Formulierungen verwendet werden, die zumindest offen sind für Fehleinschätzungen), in dem der Kampf gegen die faulen Lösungen der Volksbetrüger steht. Hätte man dies klar gestellt, dann wäre auch unmißverständlich klar geworden, daß es nicht nur um die Entlarvung der Volksbetrüger geht, sondern auch um die Kritik an der Friedensbewegung heute, um Kritik auch an ihren ehrlichen Teilen." ■

In dieser Originalgröße wurde das Flugblatt in einer Auflage von 70 000 auf der Demonstration in Bonn verbreitet; ebenso tauchten 70 000 der unten abgebildeten Streuzettel auf.



EINE NOTWENDIGE KRITIK AN BEFREUNDETEN ANTIIMPERIALISTISCHEN ORGANISATIONEN:

Die Teilnahme an der Demonstration der «Grünen» aus Anlaß des Breschnew-Besuchs war falsch!

Im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des Vertreters des sowjetischen Sozialimperialismus, Breschnew, in Bonn kam es zu verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen: Ausgesprochen reaktionäre imperialistische Großkundgebungen zur Wahrung und Verteidigung der Interessen des westdeutschen Imperialismus, auf denen die revanchistische und faschistisch-antikommunistische Propaganda ganz offen und unverhüllt vorgebracht wurde; eine Jubeldemonstration der DKP, den Lakaien des sowjetischen Sozialimperialismus; eine relativ große Demonstration der MARXISTISCHEN GRUPPEN, deren erklärtes Ziel es war, Breschnew "auf den wahren Weg des Sozialismus zurückzuführen" und ihn vor der NATO zu "warnen" (Motto: "Leonid, was willst du hier, die NATO will den Krieg mit dir!"); Die MARXISTISCHEN GRUPPEN sind gleichzeitig in ihrer Propaganda darum bemüht, den westdeutschen Imperialismus zu verharmlosen, wenn sie ihn als "politischen Zwerg" im Vergleich zum US-Imperialismus darstellen, der unter dem "Oberkommando der USA" stehen soll; damit befinden sie sich in bester opportunistischer Gesellschaft. Schließlich gab es auch eine von den "Grünen" organisierte Demonstration, an der etwa 5 - 6000 Demonstranten teilnahmen.

Die "Grünen" hatten ganz bewußt herausgestellt, daß sie nicht gegen die imperialistischen Banditengespräche zwischen Breschnew und Schmidt waren und sie unterstrichen das kurz vor der Demonstration erneut mit "Offenen Briefen" an Schmidt und Breschnew, in denen sie diesen beiden Häuptern imperialistischer Mächte erneut wie schon in ihrem Aufruf zur Demonstration bestätigten, daß sie ihre imperialistischen Schachereien und Rivalitäten ausdrücklich unterstützten!

Der Block der "Grünen" auf der Demonstration, der mehr als die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer umfaßte, war denn auch geprägt von PAZIFISMUS UND ILLUSIONSMACHEREI ÜBER DIESE BEIDEN IMPERIALISTISCHEN GROSSMÄCHTE! Dieser Block prägte auch das Bild der Demonstration insgesamt, die damit im wesentlichen zu einer proimperialistischen Demonstration wurde.

Der andere Teil der Demonstration stand aber ebenfalls unter dem beherrschenden Einfluß des Opportunismus. Die großen Blöcke von KPD und KABD dort sicherten ebenfalls dem Pazifismus und Chauvinismus seine Propagandamöglichkeiten mit Parolen wie: "Für eine atomwaffenfreie Zone vom Atlantik bis zum Ural" - so der KABD (getreu dem chauvinistischen Motto: Soll der imperialistische Krieg sich doch auf die Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beschränken - Hauptsache UNSER KULTUREUROPA BLEIBT IN FRIEDEM); "Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" - so die KPD (betreibt der KABD ganz allgemein europäischen Chauvinismus, "konzentriert" sich die KPD ganz gezielt auf den deutschen Chauvinismus, der von ihr schon seit über zehn Jahren stetig propagiert wird).

Im Rahmen von Aktionseinheitsverhandlungen zum Besuch Breschnews in Bonn, die von der GENERALUNION AFGHANISCHER STUDENTEN (GUAFS) organisiert worden waren, wurde auch die Frage sehr lebhaft diskutiert, ob die beteiligten Organisationen (ATIF, ATIF/Duisburg - der Teil der ATIF, der von den PARTIZAN-Anhängern abgespalten wurde, SYMPATHISANTEN DER IRANISCHEN ORGANISATION PEYKAR, die Zeitschrift WAHRHEIT /Siegen-Olpe, DEVRIMCI HALKIN BIRLIGI, GEGEN DIE STRÖMUNG, ANTIIMPERIALISTISCHES KOMITEE FRANKFURT) sich an der Demonstration der "Grünen" beteiligen sollten, oder aber ob sie eine eigene revolutionäre Demonstration organisieren sollten. Der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG hatte von Anfang an jegliche Form der Beteiligung an der Demonstration der "Grünen" abgelehnt, da das eine gemeinsame Demonstration mit Kräften bedeutet hätte, die ganz ausdrücklich eine proimperialistische Propaganda auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die Propaganda der "Grünen" auf der Demonstration bestätigte diese Einschätzung des Vertreters von GEGEN DIE STRÖMUNG voll und ganz.

Im Rahmen der Aktionseinheitsverhandlungen konnte sich der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG allerdings mit diesen Auffassungen nicht durchsetzen, so daß alle teilnehmenden Organisationen außer GEGEN DIE STRÖMUNG und das ANTIIMPERIALISTISCHE KOMITEE FRANKFURT beschlossen, einen "revolutionären Block" im Rahmen der Demonstration der "Grünen" zu bilden. Auf der Demonstration selbst zeigte sich allerdings, daß es tatsächlich keinen revolutionären Block gegeben hat! War bildete nach dem Block der "Grünen" GUAFS die Spitze des zweiten Teils der Demonstration, in diesem Teil aber tummelten sich die Opportunisten von KPD und KABD, die in verschiedenen kleineren Blöcken verteilt waren. Außerdem gab es - und das ist in gewisser Weise das eigentlich entscheidende - keine klar gegen die "Grünen" gerichtete REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA, die jedem Demonstrationsteilnehmer und Außenstehenden klar und unmißverständlich den Unterschied oder Gegensatz zwischen den beiden Teilen der Demonstration gemacht hätte.

Angesichts dieses opportunistischen Nachgebens revolutionärer Organisationen gegenüber der proimperialistischen Propaganda der "Grünen" und dem Pazifismus und Chauvinismus von KPD und KABD bestätigt sich einerseits die vollständige Berechtigung der Kritik von GEGEN DIE STRÖMUNG, die im nachfolgend wiedergegebenen Flugblatt an diesen Organisationen geäußert wurde. Andererseits gewann aber überhaupt das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG als der einzigen wirklich REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA GEGEN DIE "GRÜNEN" an Bedeutung. Die mehrere tausend verteilten Exemplare fanden bei etlichen Demonstrationsteilnehmern aufmerksames Interesse und Zustimmung, während KPD-Ordner wieder an ihrer Tradition aus der Zeit der KPD/ML anknüpften, und Überfälle auf die Verteiler dieser Flugblätter versuchten.

GEGEN DIE STRÖMUNG sieht es als seine revolutionäre Pflicht an, in gründlicher Debatte seine Kritik an den revolutionären Organisationen sowohl im einzelnen als auch ganz grundsätzlich vorzubringen und diese Organisationen von der Richtigkeit dieser Kritik zu überzeugen. Nachfolgend das verteilte Flugblatt. ■

BRESCHNEW UND SCHMIDT FÜHREN BANDITENGESPRÄCHE IN BONN:

Ohne Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus ist der Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus KEIN WIRKLICH ANTIIMPERIALISTISCHER KAMPF!

Die westdeutschen Imperialisten sind eifrig darum bemüht, ihren Friedenswillen zu beteuern, indem sie "mit Skepsis und mit Sorge die Aufrüstung der Sowjetunion (aber auch der USA - so ergänzen sie 'ausgewogen') verfolgen". Gleichzeitig aber bauen sie immer weiter und immer perfekter ihr eigenen Kriegsinstrument aus, die imperialistische Bundeswehr, gleichzeitig treiben sie die Militarisierung des Lebens immer umfassender voran.

Die westdeutschen Imperialisten bereiten sich wie alle imperialistischen Mächte auf die Neuaufteilung der Welt vor. Die imperialistische Rivalität um diese Neuaufteilung geht quer durch alle Lager, beschränkt sich also keineswegs auf eine Rivalität zwischen dem "Osten" und dem "Westen". Gespräche zwischen Vertretern imperialistischer Mächte dienen den jeweiligen Interessen, und auch das Gespräch zwischen Schmidt als dem Vertreter des westdeutschen Imperialismus und Breschnew als dem Vertreter des sowjetischen Sozialimperialismus bewegt sich in diesem Rahmen.

SOLL MAN DIE GESPRÄCHE ZWISCHEN SCHMIDT UND BRESCHNEW BEGRÜSSEN?

Von CDU und SPD über DKP bis zu den "Grünen" nebst KPD von Aust und KBW sind sich alle einig: ALLE BEGRÜSSEN DIE GESPRÄCHE! Genauso, wie wir wegen unserer antifaschistischen Haltung jegliche fa-

schistische und antikommunistische Hetze scharf bekämpfen, die im Zusammenhang mit dem Breschnew-Besuch demagogisch betrieben wird, genauso erfordert unsere antiimperialistische Haltung einen entschiedenen Kampf gegen solche imperialistischen Banditengespräche.

Wozu dienen die Gespräche zwischen Breschnew und Schmidt?

EIN GESPRÄCHSTHEMA: POLEN

Die westdeutschen Imperialisten strecken schon seit etlichen Jahren ihre gierigen Klauen nach Polen aus - und geraten dabei unweigerlich in Konflikt mit den sowjetischen Sozialimperialisten. Die Krise in Polen ist ein Ergebnis der imperialistischen Ausbeutung der Werktagen Polens durch die sozialimperialistische Sowjetunion, aber auch Ergebnis der Ausbeutung durch die westdeutschen Imperialisten mittels gigantischer Kredite und auf anderen Wegen. Das hat zur heutigen Krise in Polen geführt. Die Uhrhaken in Polen vor dem Hintergrund dieser Krise sind für die sowjetischen Sozialimperialisten eine ernste Bedrohung ihrer Herrschaft. Die westdeutschen Imperialisten drohen ihrerseits den sowjetischen Sozialimperialisten mit ihrem Einfluß auf die Bewegung in Polen.

Breschnew und Schmidt werden also um Polen schachern, wie sie dort ihre rivalisierenden imperialistischen Interessen gegeneinander abstecken können. Wie auch immer dieser Schachter ausgeht, fest steht

daß er auf Kosten der Arbeiter und Bauern Polens geht, an deren Verelendung sowohl die westdeutschen Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten maximal profitieren wollen.

EIN ANDERES GESPRÄCHSTHEMA: AFGHANISTAN

Die sowjetischen Sozialimperialisten sind in Afghanistan in einen Guerrillakrieg größten Ausmaßes gegen die Werkstätigen Afghanistans verstrickt. Über 150 000 sowjetische Soldaten haben diesen Krieg immer mehr aus. Sie führen den Krieg mit denselben barbarischen Mitteln, die vor einem Jahrzehnt die US-Imperialisten in Indochina eingesetzt hatten. Der einzige Unterschied:

Die US-Imperialisten behaupteten unverfroren: "WIR VERTEIDIGEN DIE FREIHEIT!"

Die sowjetischen Sozialimperialisten behaupten unverfroren: "WIR VERTEIDIGEN DEN SOZIALISMUS!"

Die westdeutschen Imperialisten versuchen, sich als "Verteidiger der Unabhängigkeit Afghanistans" zu verkaufen. Wie aber sieht diese "Unabhängigkeit für Afghanistan" aus? Das enthüllt der berüchtigte EG-Plan für Afghanistan: Der eine Teil Afghanistans soll von den westlichen Imperialisten mit 40 000 UNO-Soldaten besetzt werden, der andere Teil von 40 000 sowjetischen Soldaten weiter okkupiert bleiben, und in diesen beiden Teilen sollen zwei Kolonialregierungen herrschen.

Die westdeutschen Imperialisten kämpfen also einzig und allein darum, Afghanistan unter ihre eigene imperialistische Kontrolle zu bringen. Daher fürchten sie ebenso wie die sowjetischen Sozialimperialisten den Kampf der Volksmassen Afghanistans, der gegen jegliche imperialistische Herrschaft gerichtet ist. Aus diesem Grund unterstützen die westdeutschen Imperialisten auch die reaktionären faschistischen Kräfte und Parteien Afghanistans, da diese es als ihre vordringlichste Aufgabe betrachten, die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Afghanistan zu bekämpfen.

Breschnew und Schmidt werden also um Afghanistan schachern, wie sie trotz ihrer imperialistischen Rivalität um die jeweiligen Einflusssphären in Afghanistan gemeinsam den revolutionären Kampf der Volksmassen Afghanistans brechen können, der gegen jegliche imperialistische Herrschaft gerichtet ist.

Die Antiimperialisten in Westdeutschland müssen eben aus diesen Gründen gerade den REVOLUTIONÄREN Widerstand in Afghanistan mit aller Entscheidheit unterstützen, während sie mit der gleichen Entscheidheit nicht nur gegen die sozialimperialistischen Besatzer in Afghanistan kämpfen müssen; hier in Westdeutschland muß dieser Kampf auch gegen den westdeutschen Imperialismus dadurch gerichtet werden, daß ganz besonders auch die von den westdeutschen Imperialisten unterstützten reaktionären faschistischen afghanischen Kräfte und Parteien bekämpft werden müssen. Nur so ist ein wirklich antiimperialistischer Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus möglich. Ein Verzicht auf diesen Zweifrontenkampf mit Schwerpunkt hier in Westdeutschland auf die Entlarvung der heuchlerischen Rolle des westdeutschen Imperialismus würde nichts anderes als eine Unterstützung des westdeutschen Imperialismus in seiner imperialistischen Rivalität mit dem sowjetischen Sozialimperialismus bedeuten, eine Sabotage am revolutionären Widerstandskrieg in Afghanistan.

NIEDER MIT DER SOWJETISCHEN INVASION IN AFGHANISTAN !

NIEDER MIT DEN PÄKTIONÄREN FASCHISTISCHEN KRÄFTEN AFGHANISTANS, DIE DIENER DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN SIND !

UNTERSTÜTZT DEN REVOLUTIONÄREN VOLKSKRIEG UND DIE WIRKLICH REVOLUTIONÄREN KRÄFTE IN AFGHANISTAN GEGEN DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS !



Gegen die sozialimperialistische Sowjetunion Breschnews ! Für eine sozialistische Sowjetunion im Geist Stalins !

Die Marxisten-Leninisten der Welt kämpfen seit Jahren gegen den verbrecherischen Verrat der modernen Revisionisten Chruschtschows und Breschnew. Sie haben das große Ansehen, das die Sowjetunion zur Zeit Stalins bei den Völkern der Welt besessen hatte, für ihre revisionistisch-imperialistische Politik mißbraucht, indem sie ihren Imperialismus als "Sozialismus" zu verkaufen versuchten. Damit haben die Revisionisten dem Antikommunismus einen ungeheuren Auftrieb verliehen, der demagogisch die sozialimperialistischen Verbrennen der Sowjetunion Breschnew als

"Verbrechen der Kommunisten" ausgibt.

Die Marxisten-Leninisten müssen diese Demagogie entlarven. Ihr Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus hat als Grundlage die Verteidigung der Sowjetunion zur Zeit STALINS ! So kann der Antikommunismus unter der Fahne des "Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" entlarvt werden!

Die Arbeiter und Bauern der heutigen Sowjetunion, die unter imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung leiden, werden eines Tages mit Gewißheit den Völkern der Welt beweisen, daß sie die Kraft besitzen, erneut das Banner der sozialistischen Oktoberrevolution zu erheben und den sowjetischen Sozialimperialismus hinwegzufegen, wie sie einst den Zarismus hinweggefeiert haben, sie werden mit Gewißheit aller Welt zeigen, daß die Diktatur des Proletariats zur Zeit Lenins und Stalins ein mächtiges sozialistisches Land und ein Bollwerk des Weltproletariats geworden war, indem sie selbst an die Schaffung eines solchen Bollwerks gehen!

Die antikommunistischen und proimperialistischen Seifenblasen der "Grünen" zum Platz bringen !

Die "Grünen", die bisher vor allem als Umweltschützer aufgetreten sind und ein Sammelbecken bildeten für viele resignierende Kräfte, die früher einmal einen revolutionären Anspruch hatten, sie etablieren sich zunehmend. Die ideologische Grundlage dieser Partei ist der Antikommunismus und Antistalinismus im Gewand eines "dritten Weges zwischen rot und schwarz, eines grünen Weges"; das ist nichts anderes als eine Neuauflage des "friedlich-parlamentarischen Weges". Unter der Maske der Ablehnung der etablierten Parteien wecken die "Grünen" Illusionen gerade bei fortschrittlichen Jugendlichen. Diese Illusionen müssen von den wirklichen Revolutionären unermüdlich entlarvt werden.

Politisch zeigt das Auftreten der "Grünen" beim Breschnew-Besuch in Bonn, wie tief sie schon in proimperialistischen Netz verstrickt sind, wie stark sie mit konterrevolutionären Kräften verbunden sind, wie sehr sich professionelle Volksbetrüger, die von den etablierten Parteien aus welchen Gründen auch immer zu den "Grünen" gewechselt sind, in deren Reihen zu profilieren versuchen. Im Aufruf der "Grünen" zum Breschnew-Besuch heißt es unter anderem:

"Wir nehmen dies (den Besuch Breschnews) zum Anlaß, erneut deutlich zu machen, daß Abrüstung und die Verwirklichung von Menschenrechten in Ost und West notwendig sind.

Unsere Initiative richtet sich nicht gegen den Besuch von Leonid Breschnew. Wir begrüßen Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen und meinen, daß Verhandlungsangebote der UdSSR ernsthaft geprüft werden sollten."

"Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen."

Klar, daß mit keinem Wort die SPD oder gar der westdeutsche Imperialismus angeprangert werden. Der ganze Aufruf ist eine Ergebnisadresse an den westdeutschen Imperialismus. Die Demagogie der SPD/FDP-Regierung von "Abrüstung und Entspannung" wird ausdrücklich aufgegriffen, und die "Grünen" unterstützen "unsere" Regierung ausdrücklich in ihrer imperialistischen Politik der "Gespräche" mit dem Vertreter des sowjetischen Sozialimperialismus. Die Plattform der "Grünen" betreibt imperialistischen Pazifismus, der an die Vernunft der Ausbeuter und Kriegstreiber der Welt appelliert.

Der westdeutsche Imperialismus will sich bei der Verfolgung seiner selbständigen imperialistischen Großmachtinteressen auf eine proimperialistische, chauvinistische "neutralistisch-patriotische" Massenbewegung stützen, um so besser seine Interessen gegen US-Imperialismus, sowjetischen Sozialimperialismus und auch andere Imperialisten durchsetzen zu können. Die "Grünen" leisten den westdeutschen Imperialisten zusammen mit den JUSOS, "Charta 77", Eurorevisionisten der KPI, Deutschen Jungdemokraten, aber auch KBW und KPD, die alle die "Grünen" bzw. ihre Plattform unterstützen, gerade diese wertvollen Dienste!

Die Revolutionäre müssen einen klaren Trennungstrich zu diesen proimperialistischen Kräften, zu dieser proimperialistischen Politik ziehen !

Aus diesen Gründen ist es völlig falsch - gerade aus Anlaß des Breschnew-Besuchs - sich an der Demonstration der "Grünen" mit einem "revolutionären Block" zu beteiligen, sei es auch aus "taktischen" Gründen.(*) Denn unser antiimperialistischer und antifaschistischer Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus hat mit diesem proimperialistischen "Protest" nichts, aber auch gar nichts gemein. Vielmehr richtet er sich ausdrücklich gegen diese proimperialistische Politik.

Das werden wir in einer gründlichen und solidarischen Diskussion mit GUAFS, ATIF, Sympathisanten der PEYKAR und anderen Kräften, die den "revolutionären Block" bei den "Grünen" tragen, klarstellen.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS ! NIEDER MIT SCHMIDT !
TOD DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS ! NIEDER MIT BRESCHNEW !

NIEDER MIT DEM REVISIONISMUS UND IMPERIALISMUS BRESCHNEWS !
ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS UND DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS LENINS UND STALINS !



(*) GEGEN DIE STRÖMUNG hat gemeinsam mit GUAFS, ATIF und Sympathisanten von PEYKAR eine Aktionsplattform ausgearbeitet und unterschrieben, die wir nach wie vor unterstützen. Im Verlauf der weiteren Verhandlungen wurde dann aber der Vorschlag abgelehnt, eine eigene revolutionäre Demonstration durchzuführen, unabhängig und gegen alle proimperialistischen Kräfte.

PROZESS gegen Walter Hofmann Fortsetzung von S.1

die maßgeblich diesen Unterdrückungsapparat mittragen.

Ein derartig reaktionärer Staatsapparat wie der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus, der im Kampf gegen Revolutionäre, Antimperialisten und Antifaschisten immer wieder bestrebt ist, seine Perfektion unter Beweis zu stellen, seine Rücksichtslosigkeit zu demonstrieren und seine Entschlossenheit zu zeigen, antifaschistischen und antiimperialistischen

listischen revolutionären Kampf zu unterdrücken, schont logischerweise die Faschistenbanden."

Diese Passagen aus dem Flugblatt, das von GEGEN DIE STRÖMUNG gemeinsam mit Sympathisanten der marxistisch-leninistischen Zeitschrift aus der Türkei PARTIZAN (zum Zeitpunkt der Herausgabe des Flugblattes im Oktober 1980 gab es noch keine Spaltung in PARTIZAN und BOLSCHEWIK PARTIZAN) kurz nach dem

faschistischen Bombenanschlag in München herausgegeben worden war, wurden von der Staatsanwaltschaft zur Grundlage der Anklage genommen.

Freispruch aus "Mangel an Beweisen"

Der Freispruch erfolgte bemerkenswerterweise nicht, weil das Gericht etwa zur Auffassung gelangt wäre, die angeführten Passagen enthielten keine "böswillige Verächtlichmachung" oder

- In der westdeutschen Justiz fanden sich noch 1968 über 800 Juristen, die schon in der verbrecherischen faschistischen Justiz Hitlers ihrem Handwerk nachgegangen waren
 - 1968 waren noch 520 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Amt der Bundesregierung beschäftigt.

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen und mit zahllosen Einzelbeispiele belegen, aber das mag hier genügen.

Auch wenn mittlerweile etliche "Staatsdiener", die bereits den "Treueeid" auf Hitler abgelegt hatten, pensioniert oder gestorben sind, so steht doch eins fest:

Eine Sauberung des Staatsapparats nach den Vorschriften des Potsdamer Abkommens von alten Nazis fand nicht statt, weder bei der Gründung der Bundesrepublik noch später, auch nicht bei Regierungsantritt der sogenannten "sozialliberalen Koalition". Der Charakter des westdeutschen Staatsapparats war also von Anfang an ganz wesentlich von Kadern des "Dritten Reiches" bestimmt, und diesen Charakter hat der westdeutsche Staatsapparat bis heute beibehalten.

Nicht zuletzt sei hier auch daran erinnert, daß führende Repräsentanten der heutigen Regierung bereits unter Hitler "gedient" hatten: Bundeskanzler Schmidt war Offizier der Hitlerwehrmacht, und wenn Menachem Begin festgestellt hat, daß Schmidt niemals seinen Fahneneid auf Hitler gebrochen hat, so ist das unbestreitbar wahr, unabhängig davon, daß Begin selbst seit zirg Jahren dem Volk Palästinas gegenüber jene Politik betrieben hat, die Hitler, gegen andere Völker, die Juden etc. betrieben hat!

Auch Bundespräsident Carstens war zur Zeit Hitlers in der SA, in der NSDAP und Offizier in der Wehrmacht, ausgezeichnet mit dem "Ehrenkreuz der 1.Klasse". Der Bundestag hat ihn zum Bundespräsidenten gewählt, wohlwissend, welche Vergangenheit dieser Mann hat, und befand ihn offensichtlich für würdig, die Bundesrepublik angemessen zu repräsentieren, und das tut er wirklich!

DIE FASCHISIERUNG IN WESTDEUTSCHLAND ENTWICKELT SICH WEITER

Im Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG ist nicht davon die Rede, daß in Westdeutschland bereits der Faschismus herrscht, wie in der Anklageschrift behauptet wird. Das ist nur auf den wenigen Seiten der Anklageschrift die zweite gravierende Verfälschung des Flugblatttextes durch den Staatsanwalt, der sich seiner Sache - als Anwalt des Staates - so sicher wähnt, daß er ganz offen das zur Debatte stehende Flugblatt verfälscht.



„Lieber Staatsanwalt, beim ersten Mal wollen wir dem Burschen noch eine Chance lassen. Es kommt ja nur den Inhalt seiner Zeitchriften abzumildern. Das hat ja bei anderen auch schon funktioniert.“

„Lieber Sie ihn doch einfach Freispruch mangels Beweisen. Damit er weiß, daß es an uns liegt. Das nächste Mal eben die Beweise herbeizuschaffen, wenn wir es für nötig halten.“

Es wird allerdings mit vollem Recht auf die zunehmende FASCHISIERUNG in Westdeutschland aufmerksam gemacht. Dabei muß neben der Gefahr, die von den faschistischen Banden ausgeht, herausgestellt werden, daß die Hauptgefahr der Faschisierung vor allem vom westdeutschen Staatsapparat ausgeht. Dazu hier nur einige Stichworte:

- Das KPD-Verbot von 1956 dient noch heute als Grundlage, von vorneherein jede revolutionäre und kommunistische Kraft in die Illegalität zwingen zu können
- Mit den Notstandsgesetzen wurden 1968 die Möglichkeiten der Überwachung und Unterdrückung durch den Staatsapparat ausgebaut
- Petra Schelm, Georg von Rauch, Günther Routhier, Thomas Weißbecker, Holger Meins, Ulrike Meinhoff, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, Klaus Rattay und noch viel länger ist die Liste derer, die Opfer des staatlichen Terrors geworden sind
- BKA, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz, Polizei, GSG 9 wurden insbesondere in den letzten zehn Jahren beispiellos ausgebaut, personell, finanziell, technisch, mit neuen Waffen ausgerüstet
- Nicht zuletzt hat die alltägliche Unterdrückung zugenommen, sei es der immer häufigere Verbot von Demonstrationen, sei es die immer härteren Bestrafungen (Das Sprühen von Farolen kann bereits zu 1 1/2 Jahren Gefängnis führen; schon das Entwerfen eines Flugblattes soll jetzt bereits bestraft werden etc.), sei es die Haftbedingungen revolutionärer Gefangener, sei es die Versuche Rechtsanwälte von antifaschistischen und antirassistischen Gefangenen zu kriminalisieren.

BEGÜNSTIGUNG VON FASCHISTEN - RÜCKSICHTLOSE VERFOLGUNG VON ANTI-FASCHISTEN - EIN BEISPIEL -

Es gäbe genug Beispiele, mit denen bereits ganze Bücher gefüllt sind, die belegen, daß heute in Westdeutschland Faschisten mit

Milde behandelt werden (Man denke nur an die Urteile im Maidanek-Prozeß!!!), während alles, was von westdeutschen Behörden für "links" gehalten wird, die ganze "Härte des Gesetzes" zu spüren bekommt. Das zu beweisen fiele mir nicht schwer.

Ich will damit nicht sagen, daß "Linke und Rechte gleichbehandelt" werden sollten. Das fällt mir gar nicht ein. Die Faschisten sind eingeschworene Feinde der Arbeiterklasse und der ausbeuteten Werktagen, das hat die Geschichte mehr als einmal bewiesen, während die Revolutionäre, insbesondere die Kommunisten stets auf der Seite des Proletariats und der ausbeuteten und unterdrückten Werktagen aller Länder gegen Faschismus, imperialistische Kriege, gegen das imperialistische Weltsystem gekämpft haben.

Wie könnten wir da auch nur im Ansatz dafür eintreten, daß Linke und verbrecherische Faschisten "gleichbehandelt" werden sollen? Das wäre allerdings absurd!

Und so spricht auch die unterschiedliche Behandlung von Faschisten einerseits und von Antifaschisten, Revolutionären und Kommunisten andererseits für nichts anderes als für den wahren Charakter des westdeutschen Staatsapparats.

Oberstaatsanwalt Klein, der die Anklage erhoben hat, möge als Beispiel dienen:

Laut FR vom 19.1.1979 hat er eine Anzeige des Schriftstellers Jürgen Roth gegen den Faschisten Kosbab wegen Volksverhetzung "verschleppt", so daß eine "Straftat verjährt" ist, folglich es bisher nicht zu einer Anklage gegen den Faschisten gekommen ist. Der hessische Justizminister Günther aber erklärte, es "habe sich kein hinreichender Tatverdacht im Sinne einer Volksverhetzung ergeben" (FR v. 3.2.79). Er stellt sich damit gegen die Aussagen Oberstaatsanwalts Klein, der zunächst behauptet hatte, daß die Unterlagen zu spät bei der Staatsanwaltschaft eingetroffen wären. Wie auch immer, der Faschist Kosbab kam um einen Prozeß herum.

Auf der anderen Seite wird das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG zum Anlaß genommen, Anklage zu erheben, hier lag offensichtlich ein "hinreichender Tatverdacht" vor. Und da hält es Oberstaatsanwalt Klein ausgerechnet für nötig, die Aussage als strafwürdig zu verfolgen, daß "der 'Unterdrückungsapparat' einseitig faschistische Tendenzen begünstige, indem er rechtsextreme Gruppierungen strafrechtlich nicht verfolge, auf der anderen Seite jedoch rücksichtslos und perfekt nur Antifaschisten verfolge."

Wie das Leben so spielt: Ausgerechnet jener Staatsanwalt, der mich wegen einem antifaschistischen Flugblatt anklagt, erweist sich in obskurer Weise als eine Person, die eben das getan hat, was wir anprangern: Die Linken verfolgt er, die faschistischen Volksverhetzer aber läßt er ungeschoren davonkommen. Ist das wahr oder nicht? Sind das Tatsachen oder sind das keine Tatsachen? Das ist die Wahrheit, das kann man belegen und beweisen, das wird jeden ehrlichen Menschen überzeugen!

3.) WIE SEHEN DIE "GRENZEN DER KRITIK" IN WESTDEUTSCHLAND HEUTE AUS?

Welcher Schluß ergibt sich aus dem ganzen Prozeß? Worum geht es hier? Auch darüber findet sich etwas in der Anklageschrift: Die inkriminierten Ausführungen des Flugblattes "überschreiten bei weitem die Grenzen zulässiger Kritik an den Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland" - so der Oberstaatsanwalt.

Es geht also um eine "begrenzte" Kritik, oder deutlicher gesagt - um Zensur. Am ehesten gesichert wäre wohl, folgt man den Ansichten des Oberstaatsanwalts, daß Flugblätter, Zeitungen, Bücher etc. einer gesonderten Behörde vorgelegt werden, bevor sie verbreitet werden, auf daß geprüft werde, ob der jeweilige Inhalt die "Grenzen der Kritik" überschreitet oder nicht. Sollte die Einrichtung einer derartigen Behörde beabsichtigt sein, würde ich den Oberstaatsanwalt Klein als den richtigen Vertreter der Staatsinteressen in dieser Behörde sehen. Im Zuge der Sparmaßnahmen ist es aber wohl angebrachter, daß jeder Herausgeber von Büchern, Zeitungen und Flugblättern Selbstzensur ausüben möge, zu dieser Auffassung könnte man bei Prüfung der Anklageschrift kommen, wenn man schon so eingeschüchtert ist, wie es der Staatsanwalt wohl vorhat, daß ich in Zukunft eingeschüchtert sein soll. Mein Motto aber ist: GEGEN DIE STRÖMUNG ANKÄMPFEN !

Im Kampf gegen Faschismus und Faschisten kann es keine Zensur geben, die Wahrheit muß ans Licht gebracht werden! Wie auch immer das hier gefallene Urteil lauten mag, es wird nicht verhindern können, daß es auch in Zukunft Antifaschisten geben wird, die furchtlos den Kampf gegen Faschisierung in Westdeutschland führen werden. ■

ts. re.



BUCHLADEN Georgi Dimitroff

ÖFFNUNGSZEITEN:

=====

MONTAG BIS FREITAG:

15.30 BIS 18.30 UHR

SAMSTAG:

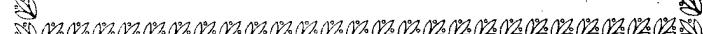
9 BIS 14 UHR

DIENSTAG GESCHLOSSEN

KOBLENZER STR. 4 (GALLUSVIERTEL), FRANKFURT

In deutscher, türkischer sowie in anderen Sprachen erhältlich

- Antirassistische Literatur insbesondere über den westdeutschen Imperialismus
- Antifaschistische Literatur
- Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin.



Vorwort aus: W.I.Lenin - J.W. Stalin über die Arbeiteraristokratie

Nachfolgend drucken wir das Vorwort der Broschüre "W.I.LENIN - J.W.STALIN.ÜBER DIE ARBEITERARISTOKRATIE" ab, die soeben als neueste Broschüre der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN SCHRIFTENREIHE herausgekommen ist. Diese Schriftenreihe veröffentlicht Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus Marx, Engels, Lenin und Stalin, die von den Redaktionen von ROTE FAHNE, WESTHERLINER KOMMUNIST und GEGEN DIE STROMUNG gemeinsam zusammengestellt werden.

Die Rolle der Arbeiteraristokratie in imperialistischen Ländern wird von den Opportunisten traditionell bestreikt bzw. ihre Existenz geleugnet. Das ist kein Zufall, da die Arbeiteraristokratie die soziale Basis des Opportunismus, Revisionismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung bildet. Für eine wirklich revolutionäre Arbeit der Marxisten-Leninisten unter den Proletariern der imperialistischen Länder ist eine restlose Klarheit über die Arbeiteraristokratie unabdingbare Voraussetzung.

Im hier abgedruckten Vorwort wird über die aktuelle Bedeutung der Lehren Lenins und Stalins über die Arbeiteraristokratie ein knapper Überblick gegeben. Wir empfehlen allen Genossen das gründliche Studium der in der Broschüre des MLSR zusammengestellten Texte von Lenin und Stalin.

Der Kampf zur Zerschlagung des Imperialismus muß mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden werden. Diese Lehre ist sehr aktuell, wenn man vor Augen hat, welche Rückschläge die internationale marxistisch-leninistische Bewegung durch das Vordringen der verschiedenen revisionistischen Strömungen erlitten hat.

Um den Opportunismus wirklich tiefgehend und konsequent bekämpfen zu können, ist die Kenntnis seiner materiellen Wurzeln unabdingbar. Lenin erklärte:

"Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begreifen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen."

(Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1920, LW Bd.22, S.198, S.14 dieser Broschüre)

Deshalb werden in dieser Ausgabe der "Marxistisch-leninistischen Schriftenreihe" Schriften Lenins und Stalins über die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder herausgegeben, in denen sie die materiellen Wurzeln des Opportunismus in der Arbeiterbewegung aufdecken und die grundlegenden Aufgaben des Kampfes dagegen aufzeigen. In einem Anhang dieser Broschüre wird umfassend dokumentiert, wie Marx und Engels den Opportunismus der englischen Arbeiterklasse im vormonopolistischen Kapitalismus analysiert und entlarvt haben, damit der Leser die Ansichten von Marx und Engels zu dieser Frage, wie Lenin es verlangte, in ihrer Gesamtheit studieren kann.

★★★

Die Arbeiteraristokratie

In seinen Schriften lehrt Lenin,

"daß es dem Kapital hier (in den entwickelten kapitalistischen Ländern, Anmerkung der Herausgeber) dank dem Kolonialbesitz und den Extraprofite des Finanzkapitals usw. gelungen ist, eine relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie herauszubilden, die eine kleine Minderheit ist."

(Lenin, "Thesen über die Hauptaufgaben des zweiten Kongresses der KI", 1920, LW 31, S.181, Seite 62 dieser Broschüre.)

Die Monopolstellung der imperialistischen Länder, insbesondere die Ausbeutung der Abermillionen Menschen der kolonialen und abhängigen Länder, erlaubt es der Monopolbourgeoisie, mit einem Teil dieser Extraprofite eine privilegierte Oberschicht der Arbeiterklasse zu bestechen, eine Schicht verbürglichter Arbeiterschicht zu herauszubilden, die den Vorzug besserer Lohn- und Lebensbedingungen genießen, in ihrer ganzen Lebensweise und Weltanschauung verspielt sind. Diese Minderheit der Arbeiterklasse ist die Hauptquelle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, der Predigt der Einheit mit der Bourgeoisie, mit der sie ein Bündnis gegen die Masse des Proletariats im eigenen Land und den ausgenommen Massen der unterdrückten Nationen geschlossen hat. Sie predigen Sozialchauvinismus und Reformismus, um die Arbeiterklasse von der Revolution abzuhalten.

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß ohne den systematischen Kampf gegen die Arbeiteraristokratie und ihre opportunistische Ideologie die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats, die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats unmöglich ist.

Die modernen Revisionisten versuchen, die faktisch vorhandene Spaltung der Arbeiterbewegung zu vertuschen und die Bedeutung der Arbeiteraristokratie herunterzuspielen. So schreibt das revisionistische Lehrbuch "Grundlagen des Marxismus-Leninismus" (*), daß der Opportunismus in der Arbeiterbewegung, der als soziale Basis die Arbeiteraristokratie hat, lediglich die "Kursnahme auf die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, auf die Spaltung der Arbeiterbewegung" bedeute. Das heißt, daß die Arbeiterbewegung noch nicht gespalten ist, sondern erst darauf "Kurs genommen" wird.

(*) 2. Ausgabe, Berlin 1963, S.302

MARXISTISCH-LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE

W.I. LENIN - J.W. STALIN

ÜBER

DIE ARBEITERARISTOKRATIE

- ¶ Über die ökonomischen Wurzeln der Arbeiteraristokratie und die Rolle der Arbeiteraristokratie als materielle Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung
- ¶ Über die politischen, ökonomischen, ideologischen Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder gegenüber den werktätigen Menschen der abhängigen Länder
- ¶ Über die materielle Basis des Chauvinismus gegenüber den ausländischen Arbeitern und den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Länder
- ¶ Über die Notwendigkeit für die marxistisch-leninistische Partei, sich durch Säuberung von opportunistischen Elementen zu stärken

★★★

Die Lage der Arbeiter der Unterdrückernation

Einen weiteren Themenbereich darf man bei der Beschäftigung mit dem Problem der Arbeiteraristokratie nicht außer acht lassen:

Lenin deckte die Privilegierung der breiten Masse der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder im Unterschied zu den Werktätigen der unterdrückten Länder auf.

Die Monopolbourgeoisie versucht ja nicht nur mit Hilfe der Arbeiteraristokratien Kampf für die proletarische Revolution zu sabotieren. Lenin wies bei der Analyse der ökonomischen, politischen und ideologischen Unterschiede in der Lage der Arbeiterklasse eines unterdrückenden und eines unterdrückten Landes nachdrücklich auf folgendes hin:

"Die Arbeiter der unterdrückenden Nationen sind bis zu einem gewissen Grade Teilhaber ihrer Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation."

(Lenin, "Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, LW 23 S.48, Seite 49 dieser Broschüre)

Dadurch wird die materielle Grundlage geschaffen, breitere Teile der Arbeiterklasse mit dem Gifft des Sozialchauvinismus anzustecken, zur Verteidigung der "eigenen" Bourgeoisie beim Kampf um die Aufteilung der imperialistischen Beute. Es ist wichtig, ein richtiges Verständnis der Ursachen der Erscheinung zu bekommen, daß es der Monopolbourgeoisie zeitweilig gelingt, in breiteren Teilen der Arbeiterklasse die Überheblichkeit gegenüber den unterdrückten Völkern zu schüren, Chauvinismus und Rassismus zu verteilen, um mit dem Hinweis auf die "Zivilisation" des Unterdrückerlandes eine angebliche Interessen-einheit von Bourgeoisie und Proletariat gegenüber den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker zu konstruieren.

Eine besondere Mühe gibt sich die imperialistische Bourgeoisie, den Zusammenschluß zwischen den Arbeitern der imperialistischen Länder und den ausländischen Arbeitern zu verhindern, die aus den unterdrückten Ländern kommen. Lenin zeigte, daß die ausländischen Arbeiter weit aus mehr ausgebaut werden und politisch viel reichtloser sind als die einheimischen Arbeiter, daß sie eine weitere Quelle für Extraprofite und somit eine zusätzliche Quelle sowohl für die Besteckung der Arbeiteraristokratie als auch für die Teilhabe breiter Arbeiterschichten an den Profiten der imperialistischen Bourgeoisie darstellen.

Der parasitäre Charakter des Imperialismus erschwert zweifellos die Revolution. Er stellt ein Hindernis dar für die Herstellung einer gemeinsamen Hauptfront der Arbeiter der imperialistischen Länder mit den hier arbeitenden ausländischen Arbeitern sowie für die Erziehung der Arbeiterklasse des imperialistischen Landes zur Unterstützung der revolutionären Bewegung der vom "eigenen" Imperialismus unterdrückten Völker.

Die modernen Revisionisten verschweigen nicht nur die materiellen Grundlagen, sondern überhaupt die Tatsache, daß auch das Proletariat in den imperialistischen Ländern mit Chauvinismus und Revisionismus angesteckt ist, und unterstützen damit die Spaltungsbemühungen der Monopolbourgeoisie.

★★★

Anhang

K.MARX - F.ENGELES

über

Die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Es gibt andere reaktionäre Theorien, die behaupten, die gesamte Arbeiterklasse sei verbürglicht, sie habe sich mit ihrer Situation im Kapitalismus abgefunden und in das System "integriert". (Marcuse, Gorz u.a.) Solche Auffassungen spekulieren im Grunde genommen mit den Erfolgen der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse zu spalten, Privilegien zu gewähren, aber auch mit dem zeitweiligen Rückgang der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern, welcher in erster Linie dem Verrat der modernen Revisionisten selbst zuzuschreiben ist. Solche Theorien der Verbürglicherung der ganzen oder des großen Teils der Arbeiterklasse führen notwendig zur Leugnung des Proletariats als der einzigen konsequent revolutionären Klasse.

Es ist wahr, daß sowohl die Arbeiteraristokratien als auch vor allem ihre Herren selbst mit jedem Mittel versuchen, die Arbeiterklasse von der Revolution abzutrennen, aber ebenso unumstößlich wahr ist es, daß es allein die Arbeiterklasse vermag - aufgrund ihrer Existenzbedingungen und unter Führung einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei - die Hegemonie über die anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen zu erringen, die Bourgeoisie zu stürzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Sozialismus und Kommunismus aufzubauen.

★★★

Die in der vorliegenden Broschüre veröffentlichten Schriften oder Textstellen von Marx und Engels über die Verbürglicherung der Arbeiterklasse in England in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts beweisen unter anderem, daß Marx und Engels diese Erscheinung als eine zeitweilige ansahen, die infolge Englands einzigartiger Monopolstellung 1845-68 entstanden war. Die größte Möglichkeit der Besteckung der gesamten bzw. des weitaus größten Teils der Arbeiterklasse war ein Ausnahmefall, der auch nur so lange währte, bis das Monopol Englands beim Übergang zur imperialistischen Epoche und des erbitterten Kampfes der imperialistischen Großmächte um die Neuverteilung der Beute gebrochen wurde. Auf dieses Problem eingehend, zog Lenin die Schlußfolgerung:

"Damals war es möglich, die Arbeiterklasse eines Landes zu bestechen, für Jahrzehnte zu korrumpern. Heute ist das unwahrscheinlich und eigentlich kaum möglich, dafür aber kann jede imperialistische 'Groß'macht kleinere' (als in England 1848-1868) Schichten der 'Arbeiteraristokratie' bestechen und besticht sie auch."

(Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, LW 23 S.113, Seite 26 dieser Broschüre)

Vorrangig muß der Kampf gegen die Prediger der Einheit mit der Arbeiteraristokratie, der Schirmherrschaft des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, geführt werden, die die Arbeiterklasse an den Imperialismus ketten wollen. Dazu bedarf es der marxistisch-leninistischen Partei, die den konsequenten Kampf gegen Revisionismus und jeglichen anderen Opportunismus führt und die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Arbeiteraristokratie herstellt. Dieser Kampf ist Voraussetzung für das Bündnis mit den unterdrückten Völkern, insbesondere dem vom "eigenen" Imperialismus unterdrückten, ohne den an die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht zu denken ist.

Eine besondere Aufgabe ist es, die arbeiteraristokratische Gesinnung zu bekämpfen, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter in den imperialistischen Ländern durch die Revolution "nicht allzu sehr ver-

MÄRKLISTISCH-LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE

W.I. LENIN	: Unter fremder Flagge, u.a. (Drei im Kampf gegen die "3-Welten-Theorie" besonders aktuelle Artikel bzw. Reden Lenins) 64 Seiten	DM 0,50
LENIN/STALIN	: Zu einigen Fragen des bewaffneten Kampfes der Massen und des individuellen Terrors 64 Seiten	DM 0,75
J.W. STALIN	: Über Selbstkritik - Über Massenlinie - Über den Kampf gegen Bürokratismus und Liberalismus 30 Seiten	DM 0,30
J.W. STALIN	: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus 20 Seiten	DM 0,30
J.W. STALIN	: Über die Mängel der Parteiarbeit 48 Seiten	DM 0,75

LENIN/STALIN	: Hauptmerkmale der Partei neuen Typus 32 Seiten	DM 0,50
PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE - Stalin	über das Programm der K.I. 92 Seiten	DM 1,-
J.W. STALIN	: Zur chinesischen Revolution 162 Seiten	DM 3,50
LENIN/STALIN	: Über Ursachen und Notwendigkeit der zwei Phasen des Parteiaufbaus vor der Machtergreifung 72 Seiten	DM 1,50
* * *		

Die MARKLISTISCH-LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE (MLSR) wird in Zusammenarbeit der Redaktionen der marxistisch-leninistischen Organe Österreichs "ROTE FAHNE", Westdeutschlands "GEGEN DIE STRÖMUNG" und Westberlins "WESTBERLINER KOMMUNIST" zusammengestellt und herausgegeben.

schlechtern dürfe"; ja, daß alle sozialen Mißstände auf einen Schlag und in kürzester Zeit verschwinden würden. Solche Auffassungen hielten Lenin für konterrevolutionär, und sie haben nichts damit zu tun, daß unter der Diktatur des Proletariats sich die Lebenshaltung auf lange Sicht verbessern wird.

Lenin erklärte deutlich:

"Der Sieg der Arbeiter ist unmöglich ohne Opfer, ohne eine zeitweilige Verschlechterung ihrer Lage. Wir müssen den Arbeitern das Gegenteil von dem sagen, was Crispin hier gesagt hat. Will man die Arbeiter auf die Diktatur vorbereiten und sagt ihnen, die Lebenshaltung dürfe sich 'nicht allzusehr' verschlechtern, so vergißt man die Hauptsache, nämlich daß die Arbeiteraristokratie gerade dadurch entstanden ist, daß sie 'ihre' Bourgeoisie bei der imperialistischen Eroberung und Unterdrückung der ganzen Welt unterstützt, um sich auf diese Weise bessere Löhne zu sichern." (Lenin, "II. Kongreß der KI", 1920, LW 31, S.236, S. 65 dieser Broschüre)

Eines der Hauptmittel der Opportunisten, einer ihrer

meistverbreiteten Sophismen, wie Lenin sagte, besteht darin, den notwendigen Bruch mit dem Opportunismus zu sabotieren unter Berufung darauf, daß "man sich von den Massen nicht trennen dürfe". Lenin stellt dem entgegen:

"tiefer, zu den untersten, zu den wirklichen Massen zu gehen: Darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und der ganze Inhalt des Kampfes." (Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, LW 23 S.117, Seite 30 dieser Broschüre)

Die Marxisten-Leninisten müssen gerade die untersten Massen der Arbeiterklasse gewinnen, die durch die bürgerlichen Vorurteile und Privilegien noch nicht in dem Maße verdorben und häufig noch unorganisiert sind.

★★★

Den Abschluß des Hauptteils der verliegenden Broschüre bilden zwei Texte Stalins über die Quellen der Gegensätze in der Partei, über die materielle Basis der opportunistischen Elemente in der Partei und die Notwendigkeit ihrer Säuberung aus der Partei.

Jeder Marxist-Leninist muß sich vollständige Klarheit über diese Fragen verschaffen, die von allen Opportunisten angegriffen wird, da sie grundlegender Bestandteil der Lenin-Stalinschen Lehre von der Partei neuen Typus ist.

Das tiefe Verständnis der Frage der Arbeiteraristokratie ist Schlüssel für alle Fragen der Hegemonie des Proletariats, für ihre Verwirklichung im eigenen Land, für das Bündnis zwischen dem Proletariat der imperialistischen Länder und den unterdrückten Völkern und für die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei.

In einer demnächst erscheinenden Ausgabe der "Marxistisch-leninistischen Schriftenreihe" wird die Redaktion der MLSR eine Sammlung von Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus vorlegen, in denen die verschiedenen Formen des europäischen Chauvinismus in der Arbeiterbewegung der imperialistischen Länder analysiert werden.

Redaktion der MLSR

Oktober 1981



Zum Kampf gegen die Startbahn-West: Ein Lehrstück, wie die Militarisierung und Faschisierung vorangetrieben werden

Die versuchte Blockade des Frankfurter Rhein-Main Flughafens war der vorläufig letzte Höhepunkt einer ganzen Reihe von Demonstrationen und Aktionen gegen den Bau einer dritten Startbahn, der sogenannten Startbahn-West 18.

Zunächst stand einfach der Widerspruch zwischen den Profitinteressen staatlicher und privater Unternehmen auf der einen Seite und den Interessen der Anwohner in Walldorf und Mörfelden auf Ruhe, Erholung und ein Stück Natur auf der anderen Seite im Vordergrund. Im Verlauf des zunehmenden Widerstands der Anwohner, der vor allem von Bürgerinitiativen getragen wurde, entstand seit dem Frühjahr 1980 auf dem Gelände der Flughafen AG (FAG) ein Hüttdorf, um im offenen Gegensatz zu juristischen Tatbeständen und zu legalistischen Argumentationen den Widerstand zu demonstrieren gegen die geplante Rodung eines riesigen Waldgebiets auf Kosten der Werktätigen und für die Profite der verschiedenen Fluggesellschaften und der staatlichen Institutionen.

Eine über viele Monate gehende Diskussion in der Öffentlichkeit, eine Prüfung aller angeblichen "Gründe", warum eine Startbahn-West angeblich für "alle Teile der Bevölkerung" nötig und nützlich sei, zeigte bald, daß nur eine Lüge die andere jagte: In Wahrheit war gar keine Zunahme des zivilen Personenflugverkehrs zu erwarten; die Fluglotsen erklärten, daß die Lage der

Startbahn selbst völlig idiotisch sei usw. Schnell wurde klar, daß es andere Gründe geben mußte, die für den Ausbau der dritten Startbahn ausschlaggebend waren, daß es nicht nur die unmittelbar am Profit gebundenen Gründe gab, sondern militärische Gründe! Flugzeuge transportieren nicht nur Touristen, Geschäftsleute und Waren, sondern sind mit die wichtigsten Transportmittel für Waffen und Soldaten - das ist allgemein bekannt und davon kann sich jeder am Frankfurter Flughafen selbst überzeugen, da hier ein riesiges Kontingent amerikanischer Bomber und sonstiger Militärmassen zu finden ist. Durch die Einbeziehung des militärischen Aspekts der Startbahn-West in die Diskussion erhielt der Kampf der Startbahngegner eine neue, sehr wichtige Dimension.

HITLER BAUTE DIE AUTOBAHN - HEUTE WIRD DIE STARTBAHN-WEST GEBAUT: KRIEGSVORBEREITUNG!

Es geht also um viel mehr als bloß um ein großes Waldstück, es geht nicht um ein nur lokales oder hessisches Problem, sondern um ein zentrales Objekt des imperialistischen Staatsapparats in Westdeutschland! Damit war klar, daß der Kampf gegen die Startbahn-West auch mit aller Härte geführt werden mußte. Allerdings - in der Argumentation der meisten Startbahngegner wurde zwar die Rolle der dritten Startbahn für die US-Imperialisten klar gestellt zur Unterdrückung anderer Völker und zur Kriegsvorbereitung

tung; viel zu wenig - eigentlich sogar gar nicht - war und ist bewußt, daß ebenso wie einst Hitlers Autobahnen, die er so "gemeinnützig" "zur Arbeitsplatzbeschaffung" und "im Interesse der Werkätigen und ihrer VWs" hat bauen lassen, um sie dann wenige Jahre später zu den zentralen Panzerstraßen der deutschen Wehrmacht zu machen, selbstverständlich morgen auch die Startbahn-West wie auch andere Flughäfen, die heute noch überwiegend zivil genutzt werden, militärische Basen der Bundeswehr sein werden, Schaltstellen der Angriffe der westdeutschen Imperialisten auf andere Völker.

Hitler argumentierte genauso, wie heute Börner, Gries und Co., unterstützt von Friedensengel Brandt, argumentieren: Autobahnen und Startbahnen schaffen Arbeitsplätze! Wahr ist, daß das Be-standteile einer umfassenden Kriegsvorbereitung sind, daß dabei ein Krieg für die Maximalprofite der Monopole herauskommt. Die Tatsachen heute zeigen, daß die westdeutschen Monopole, die schon zur Zeit Hitlers die Drahtzieher der Eroberungskriege waren, den westdeutschen Staatsapparat heute bereits wieder zur geplan-zierten Faust gegen die Völker ausgebaut haben und weiter auszubauen. Westdeutschland ist heute nicht nur ein einfaches kapitalistisches Land, sondern es ist bereits wieder zu einer imperialistischen Großmacht geworden, die es mit den anderen imperialistischen Großmächten USA, Sowjetunion, Japan usw. aufnehmen kann - darauf sind die Politiker aller Schattierungen von Strauß bis Schmidt sehr stolz. Tatsachen wie die Rolle des west-deutschen Imperialismus beim Militärputsch in der Türkei zeigen, daß der westdeutsche Imperialismus nicht mehr ein Werkzeug der US-Imperialisten ist, wie das einmal zu Anfang der 50er Jahre der Fall war, sondern Konkurrent, der mit ihnen um Einflußsphären streitet. Wenn z.B. die westdeutschen Imperialisten ihre eigene Einschätzung von der Lage in El Salvador der Einschätzung der US-Imperialisten entgegenstellen, so ist das kein Ausdruck ihrer "Friedensliebe", sondern Ausdruck ihrer imperialistischen Rivalität mit dem US-Imperialismus um Einflußsphären - auch wenn sie heute - noch - nicht militärisch ausgetragen wird.

Es ist eine gute und sehr wichtige Sache, wenn die Gegner des Startbahnbauß die Rolle der Startbahn-West 18 als Instrument zur Kriegsvorbereitung entlarven. Es ist aber ganz falsch, dabei nicht gerade die Vorbereitungen des westdeutschen Staates anzuprangern, da so die Gefahr besteht, daß der berechtigte Kampf gegen die USA nicht im Interesse der Völker der Welt geführt wird, sondern kanalisiert wird von erfahrenen Politikern aus Bonn, die sich ins grüne Lager begeben, in einen Protest gegen die USA im Interesse der Profite der westdeutschen Monopole und für ihre eigenständige Kriegsvorbereitung.

EIN LERNSTÜCK ÜBER "DEMOKRATIE": KRIEGSRECHTSARTIGE LAGE IN WALLDORF/MÖRFELDEN

Überall dort, wo sich Protest, Widerstand und Kampf formieren, da zeigt die Polizei, was sie kann, da trainiert sie ihre Einheiten. Es ist müßig, all die Fälle zu wiederholen, die von einer systematischen Brutalisierung und von Exzessen des Sadismus seitens der Polizei zeugen. Schädelbrüche, schwerste Verletzungen durch das in Vietnam zum Einsatz gekommene CS-Gas (Gas ist ein beliebtes Mittel der deutschen Unterdrückungsorgane, das zudem in Deutschland noch eine andere furchtbare Tradition hat), militärisch organisierte Operationen mit Einheiten des Bundesgrenzschutzes, Kampfhubschraubern und Verbänden des Mobilen Einsatz-



kommandos, Einsatz von Blendgranaten, die der Bundesgrenzschutz schon bei seinem Gangsterstück in Mogadischu erprobt hatte, die Errichtung quasi eines Sperrgebietes um Walldorf und das Gelände, auf dem die Startbahn-West errichtet werden soll, mit Kontrollen, wie sie die britischen Imperialisten in Nordirland seit Jahren durchführen - all das ist kein Zufall, das hat System und ist lange geplant und keinesfalls das Ergebnis angeblich überbelasteter Polizeibeamter und auch nicht nur eine Sache, die mit der Startbahn-West alleine zusammenhängt.

Einer immer größeren Zahl von Gegnern der Startbahn-West wurde bewußt, daß es mit der vielgepriesenen "Demokratie" in Westdeutschland nicht weit her ist. Alle Machtmittel und Pläne sind vorbereitet, um notfalls die demokratische Maske fallenzulassen - das wur-

de am Beispiel Startbahn-West schon sichtbar. Wenn die militärischen Pläne, die grundlegenden Interessen dieses Staates angezei-felt und bekämpft werden, wenn dadurch die Profite der westdeutschen Imperialisten gefährdet werden, entpuppt sich die "Demokratie" als das, was sie in Wahrheit ist, als DIKTATUR DER BOURGEOISIE, der Geldsäcke und Profithaie, als Diktatur der Banken und Konzerne, der Kapitalisten überhaupt.

Die Politik des Staates im Zusammenhang mit dem Versuch der Durchsetzung der Startbahn-West zeigt uns, wohin sich dieser Staat entwickelt: Er MILITARISIERT UND FASCHISIERT SICH, die offene Unterdrückung mit diktatorischen Mitteln nimmt zu und breitet sich aus, so daß die von den Werkätigen erkämpften demokratischen Rechte immer mehr eingeschränkt, ausgehöhlt oder ganz beseitigt werden.

EIN ZIEL DES STAATES: DEN KAMPF GEGEN DIE STARTBAHN-WEST ZERSCHLAGEN, UM ÜBERHAUPT DEN KAMPF GEGEN MILITÄRPROJEKTE UND GEGEN PROFITMACHEREI SCHON IM KEIM ZU ERSTICKEN

Die große Aufmerksamkeit, die der gesamte Staatsapparat mit all seinen Helfershelfern auf die Zerschlagung des Widerstands gegen die Startbahn-West richtet, hängt nicht nur damit zusammen, daß diesem Staat die Startbahn sehr wichtig ist. Es geht darüberhinaus darum, an diesem Beispiel besonders anschaulich deutlich zu machen, daß zwar noch erlaubt ist, die Eiterbeulen dieses Systems zu bedauern, die Eiterbeulen selbst, geschweige denn das System, das diese Eiterbeulen hervorbringt, dürfen aber auf keinen Fall angefasst werden. Es geht um eine deutliche Warnung etwa an die Arbeiter von Adler und VDM in Frankfurt, die von Massenentlassungen bedroht und betroffen werden, um die Einschüchterung aller, die von der rigorosen Erhöhung der Ausbeutung durch Antreiberei und Preissteigerungen, durch Drohung mit Arbeitslosigkeit etc. betroffen sind und die sich wehren müssen, wenn sie nicht immer mehr wie eine Zitrone ausgepreßt werden wollen.



Die von Entlassung bedrohten Arbeiter von VDM in Frankfurt besetzen ohne Unterstützung durch die Gewerkschaftsbonzen ihren Betrieb

Die immer krasser zu Tage tretende ökonomische und politische Krise in Westdeutschland - in der Regel Vorbote von Streiks und Kämpfen der Arbeiter - macht es nötig, Exempel zu statuieren. Ob es der Kampf gegen das Atomprogramm ist (das natürlich nicht für die Stromversorgung von Fritz Müllers Glühlampen in der Küche nötig ist, sondern einerseits zur Entlastung des Ölverbrauchs, das als Treibstoff für Panzer und Flugzeuge dient, andererseits mit der Atombewaffnung der Bundeswehr zusammenhängt), ob es der Kampf gegen Massenverhaftungen von Jugendlichen ist, ob es der Kampf gegen die Wohnungsnot oder gegen die zunehmende Ausbeutung ist - all das soll zerschlagen werden und nach Möglichkeit von vorneherein als "aus-sichtslos" im Keim ersticken werden.

Die PEITSCHEN für diese Unterdrückung sind klar zu sehen: Polizei, Bundesgrenzschutz, Gasgranatwerfer, Panzerwagen, Stacheldraht, Knüppel und Chemical Mace, wenn's sein muß tausendfach einsatzbereite Schußwaffen, Handgranaten und Maschinengewehre; Justiz mit immer drakonischeren Strafen bei den geringsten Kleinigkeiten; Gefängnisse mit Hochsicherheitstrakten, Schikanen, Rollkommandos und Spießrutenlaufen; Spitzelwesen mit ziviler Polizei, Brief- und Telefonüberwachung durch Polizei, Verfassungsschutz, BKA usw. usw.

Es ist aber eine alte Wahrheit, daß Peitschen alleine nicht ausreichen, den Kampf der Unterdrückten zu liquidieren. Hinzukommen muß das ZUCKERBROT, süße Versprechungen, Hoffnungen auf neugeschaf-fene, angeblich "linke" Parteien und andere Betrugsmäöver. Umgekehrt ist es eine alte Wahrheit, daß der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung nur gewonnen werden kann, wenn man gegen Peitsche UND Zuckerbrot wachsam ist, standhaft bleibt und beide besiegt

POLIZEIJOURNALISMUS

Ein besonderes Kapitel im Zusammenhang mit den Kämpfen gegen die Startbahn-West stellt die Berichterstattung der Organe im Dienste

des westdeutschen Imperialismus und seines Staates dar - vom Hessischen Rundfunk über die Bild-Zeitung bis zur angeblich "liberalen" oder gar "linken" Frankfurter Rundschau.

In der ersten Etappe hat die Polizei zunächst gezielt Jagd gemacht auf Journalisten, ihnen die Köpfe blutig gehauen, die Kameras zerschlagen, Presseausweise als Aufforderung betrachtet, sofort rabiat zu werden etc.

In der zweiten Etappe wurden dann die Journalisten - damit sie nach dieser ersten Abreibung auch sicher unter Kontrolle blieben - direkt unter die Fittiche der Polizei genommen: Sie erhielten "Erkennungsmarken", wurden in Polizeibussen "an die Front" gekarrt und dort ganz nach dem Wunsch der Polizei zur Berichterstattung "eingesetzt". Das hatte den Vorteil, daß die Fronten klar waren, wenn die Journalisten vom Lager der Polizei aus ihrem Beruf nachgingen. Und in der Tat lassen sich die Erfolge dieser Form der Berichterstattung in den verschiedenen Medien unschwer feststellen: Wenn überhaupt Brutalitäten und Exzesse der Polizei erwähnt wurden, so nur, um sie als "Übergriffe" darzustellen, die angeblich "vor allem von der bayerischen Polizei" begangen worden seien. Damit sollte vertuscht werden, daß es sich nicht um "Übergriffe", sondern um die Einsatzplanung als der offiziellen Politik des westdeutschen Staates handelte.

Kennzeichnend war weiter, daß sich das ganze Trommelfeuer dieser Polizeijournalisten "gegen die Gewalt, von wem auch immer" richtete, um so die Demonstranten einzulullen, sie ohne Schutz und Gegenwehr zu lassen. Die massive Propaganda der "Gewaltlosigkeit" zielt darauf ab, daß die Demonstranten ohne Schutzhelm (der bereits eine "passive Waffe" sein soll) sich den Schädel zerschlagen lassen



Militante Startbahngegner an der von der Polizei errichteten Mauer um das Startbahngelände wurden von den "Grünen" als "Chaoten" diffamiert

sollen, damit sie ohne wirkliche Gegenwehr und Gegenangriffe leicht zerrieben werden können. Mit der Heuchelei einer angeblichen "Sympathie" für die Startbahngegner als Tarnung wurde die Parole der "Gewaltfreiheit" tatsächlich zu einem SCHLAGwort der Schläger in Uniform und ihrer Propagandisten in Presse, Fernsehen und Rundfunk.

DAS GRÜNE GIFT BEKÄMPFEN

Gerade in der letzten Zeit - so auch beim Kampf gegen die Startbahn-West - erhebt eine neue Kraft den Anspruch, die Widerstandsbewegung zu "führen": Die "Grünen". Die von ihnen geleiteten Bürgerinitiativen waren zunächst der hauptsächlichste Repräsentant des Kampfes gegen die Startbahn-West. Die fortschrittlichen Jugendlichen sehen ohne Zweifel in den "Grünen" eine Alternative zu den Bonner Parteien. Aber nicht nur diese Jugendlichen sammeln sich um die "Grünen"; auch abgehalftete Pseudomarxisten aus Organisationen wie KPD/RF und KBW, die sich bewußt vom Marxismus-Leninismus, von der roten Fahne abwenden, alternde sozialdemokratische Berufspolitiker, die nun ihre Aufgabe darin sehen, sich um die "fehlgeleitete Jugend" zu kümmern, damit sie nicht den Kommunisten in die Hände fallen und nicht zuletzt Pfaffen, die die Natur verteidigen wollen, "wie Gott sie geschaffen hat", sie alle rangeln innerhalb von Bürgerinitiativen und bei den "Grünen" um Einfluß.

All diese "Zuckerpillefabrikanten" betreiben folgende Politik:

PUNKT 1: DIE NATUR GEHÖRT ALLEN, ES GIBT KEINE KLASSEN MEHR, keinen Klassenkampf, sondern unter dem Motto "Zurück zur Natur" sollen ALLE, Arbeiter wie Kapitalisten (vor allem die kleinen und mittleren Kapitalisten) "vernünftig" werden.

PUNKT 2: "GEWALTFREIER WIDERSTAND" - dieser zitausendfach verbreitete Slogan ist kennzeichnend für eine ungeheure Naivität bei ehrlichen Anhängern der "Grünen" einerseits und für die üble Rolle des führenden Teils der "Grünen" andererseits. Über den "Abbau der Demokratie" jammern, aber Illusionen über die "Wiederbelebung der demokratischen Rolle des Parlaments" schüren, über den Staat überhaupt.

Beim Kampf gegen die Startbahn-West äußerten sich diese beiden Charakteristika der "Grünen" so (Bei einer ausführlicheren Analyse der "Grünen" müßten die ideologischen Quellen enthüllt werden, nämlich der Eurorevisionismus, die Ideologie der Sozialdemokratie, das Pfaffentum):

Die "Grünen" weisen voller Freude auf die "Breite der Bewegung" hin und sind stolz darauf, daß sich etwa in Mörfelden alle Parteien von der CDU bis zur DKP (und Leute aus allen Klassen) der Bewegung angeschlossen haben. (Wenn es in Mörfelden die NPD im Stadtrat gäbe - sie würde sicher auch noch "eingebunden"!!!) So wird eine "Dorfgemeinschaft" propagiert und dadurch jeder längerfristigere, ernsthaftere Kampf der Werktägigen von vorneherein unterhöhlt, da alle bürgerlichen Kräfte selbstverständlich genau darauf achten, daß es keinen wirklichen Angriff auf ihren Staat gibt, den sie auf keinen Fall zulassen werden. Schon bald, spätestens nach der Blockade des Frankfurter Flughafens zeigte sich, was solche bürgerlichen "Bundesgenossen" wert sind: Ihre wütenden Attacken gegen die Startbahn-Gegner zeigen:

Feinde in den eigenen Reihen sind schlimmer als Feinde auf der anderen Seite der Barrikade!

Die Propagierung der "Gewaltfreiheit" durch die "Grünen" führte dazu, daß viele jugendliche Demonstranten den "Befehl" der "Grünen" befolgten: "Helm ab!" Und das angesichts der martialischen ausgerüsteten Polizei, die gerade auch auf dem Gelände der Startbahn-West IHRE "Gewaltlosigkeit" mit Tränengas und Knüppel einsätzen gezeigt hatte. Die "Grünen" tragen also direkt die Verantwortung für viele Verletzungen und blutige Köpfe, ein teurer Preis, nur um nicht "aggressiv" zu erscheinen.

Viel schlimmer war noch, daß durch diese Parole viele fortschrittlich und revolutionär eingestellte Jugendliche isoliert wurden, weil sie gegen diese gefährliche Gewaltlosigkeit auftraten. Oft genug wurden sie dadurch zu Einzelaktionen getrieben, statt den organisierten Massenkampf gegen die Startbahn-West, gegen die Räumung des Hüttdorfes und gegen den Bau der Startbahn selbst in die Hand zu nehmen und zu führen, indem sie den Gewaltmitteln der Polizei die geeigneten Gegenmittel entgegengesetzt.

Verfolgt man die Aktionen beim Kampf gegen die Kriegsstartbahn genau, so wird man eine Reihe von Aktionen finden (etwa die Besetzung des Frankfurter Hauptbahnhofs, der Autobahn und auch die Blockade der Zufahrtsstraßen zum Flughafen), zu denen die "Grünen" durch die kämpferischen Aktionen der Jugendlichen gezwungen wurden, die aber im Grunde Abriegelungsaktionen waren mit dem Ziel, "Dampf abzulassen" und zu verhindern, daß auf dem Gelände der geplanten Startbahn der Polizei mit den entsprechenden wirksamen Mitteln entgegentreten wird.

Das zeigte sich besonders anschaulich bei der mit der Polizei ausgemauselten und groß in Szene gesetzten Überquerung des Stacheldrahtes durch "Grüne", die sich freiwillig halb entkleideten als Zeichen ihrer "Friedfertigkeit"! Sie verhandelten mit dem hessischen Innenminister Gries mit dem einzigen Ergebnis, daß dieser sich zu einer Lüge über einen angeblich möglichen Baustopp herabließ; so sollte verhindert werden, daß die über 50 000 Demonstranten kämpferische Aktionen direkt am Baugelände durchführten - und das ist den "Grünen" auch gelungen.

Dasselbe zeigte sich auch nach der Demonstration von über 150 000 Personen in Wiesbaden (diese Demonstration wurde ganz bewußt unkämpferisch aufgezogen und erinnerte teilweise mehr an einen Karnevalszug als an eine Demonstration), als Zehntausende von Demonstranten am darauffolgenden Tag zum Baugelände wollten; A. Schubart, einer der Köpfe der "Grünen" plauderte es aus, nachdem er von Staats- und Presseorganen unter Druck gesetzt worden war: Die Blockade des Frankfurter Flughafens wurde vorgeschlagen, "um Schlimmeres zu verhüten".

ZWEI SEITEN DES VOLKSBEGEHRENS GEGEN DIE STARTBAHN-WEST

Die Tatsache, daß es in der Hessischen Verfassung die Möglichkeit des Volksbegehrens gibt, erweist sich als bloße Augenwischerei! Die Tatsache, daß es bundesweit eine solche Möglichkeit nicht gibt, das ist typisch und zeigt, daß die Verfassung in Westdeutschland noch reaktionärer ist als die Verfassung zur Zeit der Weimarer Republik.

Daß das Hüttdorf rücksichtslos geräumt wurde, bevor überhaupt die Frage der Zulässigkeit eines Volksbegehrens entschieden worden war, zeigt ganz unmissverständlich, daß die herrschende Klasse und ihr Staat sich nicht einmal an ihre eigene Verfassung hält und sie mit Füßen tritt daß einzelne Paragraphen unter Verwendung von tausenderlei juristischen Finten außer Kraft gesetzt werden, sobald sie gegen den Staat selbst verwendet werden.

An sich ist die Sachlage klar wie Kloßbrühe: Wenn ein Großprojekt wie die Startbahn in Hessen "durchgezogen" werden soll, dann müßten darüber die hessischen Bürger zu entscheiden haben - so würde selbst ein durch und durch bürgerlicher Demokrat denken. Aber unsere bezahlten Volksbetrüger finden natürlich schon den richtigen Paragraphen, um aus schwarz weiß machen zu können, um zu behaupten, das Volksbegehren sei unzulässig. Die Absicht des Volksbegehrens entlarvt also die Pseudodemokratie in Westdeutschland, die sofort außer Vollzug gesetzt wird, wenn damit die Interessen der herrschenden Klasse und ihres Staates in Westdeutschland verletzt werden könnten.

Die ganze Kampagne der "Grünen" für ein Volksbegehren führt aber leider nicht nur zur Entlarvung der Pseudodemokratie in Westdeutschland. Vielmehr wird gerade auch durch diese Kampagne von seiten der Führung der "Grünen" die Illusion geschürt, als sei die Demokratie in Wiesbaden nur zeitweilig abhanden gekommen, als müsse man sie nur wiederfinden und installieren mit Hilfe von Unterschriftensammlungen und dem vielbeschworenen "Denkzettel" bei den nächsten Wahlen, indem die "Grünen" die 5%-Wahlhürde überspringen usw. All das sind gefährliche Illusionen, genauso gefährlich wie die Parole "Helm ab", gerade wenn die Polizei anrückt.

Es ist sogar möglich, daß verantwortliche "Grüne" durch ihre legalistischen Illusionen in die Klauen der Polizei geraten und möglicherweise in den nächsten Jahren auch im Gefängnis landen, WENN sie nicht schon durch die Drohung mit Arbeitslosigkeit, Gefängnis etc. (wie es jetzt schon bei A. Schubart geschah) dazu gebracht werden, die Speerspitze ihrer politischen Tätigkeit gegen die revolutionären Kräfte zu richten und direkt konterrevolutionär tätig zu werden. In dieser Richtung wird man die Entwicklung der "Grünen" genau beobachten und verfolgen müssen.

DIE DKP-REVISIONISTEN: WEDER KOMMUNISTISCH NOCH REVOLUTIONÄR - ERBÄRMELICHE ABWIEGLER

Die Gegend um Mörfelden hat eine ruhmvreiche kommunistische Tradition, bildete einen festen Stützpunkt der KPD Thälmanns, und zweifellos spielt diese revolutionäre Tradition auch heute noch eine Rolle, wenn die in und um Mörfelden wohnenden Werktaatigen den Kampf gegen die Startbahn tatkräftig unterstützen und zum großen Teil auch tragen.

Wenn die DKP, die sich als "kommunistisch" bezeichnet, versucht, mit dieser revolutionären Tradition zu spekulieren, so hat deshalb ihre Tätigkeit dennoch nichts, aber auch gar nichts mit der Tradition des antifaschistischen und antikapitalistischen Kampfes in Mörfelden gemein. Jedes Flugblatt, jede Zeitung der DKP zeigt, daß diese Jammerlappen von dem revolutionären Geist von Karl Marx und Friedrich Engels, von ihrer revolutionären Praxis nichts übernommen haben außer ihrem Namen. Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, indem man ihnen ihre eigene Melodie vorspielt, so sahen die Grundsätze von Marx und Engels aus, nach denen sie auch handelten. Die DKP heute aber warnt in den höchsten Tönen davor, der Polizei, dem Staat seine "eigene Melodie" vorzuspielen! Vielmehr gab sie die gleichen Parolen wie die "Grünen" aus: Der Gewalt der Polizei muß die Gewaltlosigkeit entgegengesetzt werden! Solche Parolen trugen massiv dazu bei, daß gerade in den ersten Tagen nach der Räumung des Hüttdorfes ein entschlossenes Vorgehen gegen die Polizei verhindert wurde.

Wenn man über die DKP spricht, muß man unbedingt auch darauf eingehen, aus welchen Motiven heraus diese gegen den amerikanischen Imperialismus Front macht: Ihre Propaganda gegen die Startbahn-West als NATO-Startbahn betreiben sie nicht im Interesse der Völker, sondern im Interesse einer anderen imperialistischen Macht, im Interesse des sowjetischen Sozialimperialismus. Als eingeschworene Anhänger der heute sozialimperialistischen Sowjetunion - wobei die führenden Leute der DKP direkt vom Staatsapparat der DDR und der Sowjetunion bezahlt werden - begrüßen, verteidigen und rechtfertigen sie den imperialistischen Einmarsch der sowjetischen Armee nach Afghanistan, den damit verbundenen faschistischen Terror gegen die Werktaatigen Afghanistans, den Einsatz von Napalm und anderen Kampfgasen usw. Das beweist: DIE DKP IST NICHT NUR EINE PARTEI DES KAPITULANTUMS GEGENÜBER DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, SIE IST EINE OFFEN PROIMPERIALISTISCHE PARTEI, DIE AUFS ENGSTE MIT DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS VERBUNDEN IST! Dementsprechend muß auch der Kampf gegen die DKP geführt werden.

EIN SCHÖNER TRAUM, DER WIRKLICHKEIT WERDEN MUß

Wir kennen den realen Verlauf des Kampfes gegen die Startbahn-West: Braves Hinsetzen und friedlicher Abtransport durch die Polizei am ersten Tag. Die Polizei hatte es kinderleicht, die erste Phase, die von der Öffentlichkeit mit größtem Interesse verfolgt wurde, endete mit einer problemlosen Räumung des ersten

Bauabschnittes und dem zügigen Baubeginn, verbunden mit dem Ausbau umfangreichster Schutzmaßnahmen der Baustelle.

Dann große Worte und erwartungsvolle Kundgebungen an der um die Baustelle angelegten Mauer zur Sicherung der Baustelle, aber keine Taten! (Wenn es auch zu Einzelaktionen enttäuschter Jugendlicher kam, die teilweise auch von älteren Werktaatigen aus Mörfelden und Umgebung unterstützt wurden.)

Tägliche Demonstrationen durch die Frankfurter Innenstadt, bei denen die "Grünen" jeden Ansatz eines konsequenten Kampfes sofort abwiegeln (So geschehen, als bei einer Demonstration ein Teil der Demonstranten in das Gebäude des Hessischen Rundfunks eindrang, um gegen den Lügenjournalismus zu protestieren, aber sofort wieder von den "Grünen" und anderen professionellen Abwiegern herausgeholt wurde.); Ablenkung vom Kampf gegen die Polizei, die ganze Waldabschnitte besetzt hält durch merkwürdige Aktionen wie die Blockade des Frankfurter Hauptbahnhofs und der Autobahnen (womit außerdem der reaktionären Lügenpresse Propagandamunition geliefert wurde), um so direkte Kampfaktionen gegen den Bau der Startbahn-West zu verhindern.

Dabei stellt sich natürlich die Frage: Wie sollte denn der Kampf gegen die Startbahn-West aussehen? Benutzen wir einmal unsere Phantasie dazu! Wir meinen damit nicht die Phantasie, die von vielen dazu aufgewendet wird, ihr eigenes Aussehen mit viel Schminke und irgendwelchen auffälligen Kleidungsstücken zu verändern, was gemeinhin als der Inbegriff der Phantasie auf Demonstrationen betrachtet wird - Modenschau alternativ!

Wir meinen eine ganz andere Phantasie, die sich auf die Kampfformen bezieht, die in der Lage ist, sich auch in andere, weitaus günstigere Kräfteverhältnisse hineinzuversetzen. Und so wäre zum Beispiel folgender "phantastische" Verlauf vorstellbar, wenn auch leider im Moment dank der Existenz der "Grünen", der DKP und anderer derartiger Kräfte, aber auch wegen des Fehlens einer konsequent revolutionären, fest mit den Massen verbundenen kommunistischen Partei NICHT ZU REALISIEREN:

"OPELARBEITER AN DER SPITZE VON 50 000 DEMONSTRANTEN SCHLAGEN DIE POLIZEI IN DIE FLUCHT! EROBERUNG UND BESETZUNG DES BAUGELÄNDEN!"

Als die Polizei trotz erbitterter Gegenwehr revolutionärer Jugendlicher in den frühen Morgenstunden das Baugelände räumte und das Hüttdorf abriß, wurde sofort die Belegschaft von OPEL RÜSSELSHEIM informiert, die nur wenige Kilometer vom Baugelände entfernt sind. Die OPEL-Arbeiter, die schon vorher auf Belegschaftsversammlungen und durch Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft erprobt und ihre Solidarität bekundet hatten, die entschlossen waren, den Kampf gegen den Bau der Kriegsstartbahn zu unterstützen, zögerten keinen Augenblick, als sie die Nachrichten vom brutalen Vorgehen der Polizeikräfte hörten, die durch ihre Übermacht die revolutionären Jugendlichen zusammengeschlagen und gefangen genommen hatten.

Innerhalb einer Stunde war das ganze OPELWERK wie leergefegt! Deutsche Arbeiter, Arbeiter aus der Türkei, aus Spanien, Griechenland usw., sie alle sammelten sich im Laufe der nächsten Stunde vor dem Baugelände. Sie waren gut ausgerüstet mit Vorschlaghämmern, Schraubenschlüsseln, tragbaren Schweißgeräten usw., auch mit offensichtlich schon vorsorglich bereitgehaltenen Werkzeugen wie Bolzenschneidern, Motorsägen u.ä. Sie trugen noch ihre Arbeitskleidung, Schutzhelme und Handschuhe.

Das Bild an der Baustelle hatte sich rasch geändert! Die revolutionären Jugendlichen, die anderen herbeigeeilten Werktaatigen aus Mörfelden und Walldorf, unter ihnen auch zahlreiche Kleinbauern der Gegend, sie alle waren begeistert, als der gewählte Führer der Opelarbeiter, der aus dem kurdischen Teil der Türkei stammende Arbeiter Ömer Tahan das Wort ergriff:

"Freunde und Genossen!
Wir sind heute noch schwach und es ist möglich, daß wir hier nur eine Schlacht gegen die Polizei gewinnen, aber noch nicht den ganzen Krieg gegen diesen Staat! Das ist möglich und sogar wahrscheinlich, dennoch werden wir unter Beweis stellen, daß wir Arbeiter zusammenstehen mit den wirklich kämpfenden Bauern und den anderen Werktaatigen, mit den revolutionären Schülern und Studenten, daß wir uns nichts gefallen lassen, daß wir kämpfen können und daß wir auch eine Schlacht gewinnen können. Nutzen wir die Situation, warten wir nicht auf morgen. Heute werden wir siegen, morgen werden wir weiterkämpfen!"

Nach diesen Worten schlossen sich Bauern auf Traktoren, die mit Seilwinden ausgerüstet waren, verschiedenen mit Vorschlaghämmern und mit Schweißgeräten ausgerüsteten Arbeitertrupps an.

Als der Ortspfarrer aus Mörfelden mit weinerlicher schriller Stimme an die Demonstranten appellierte: "Bitte keine Gewalt!", antwortete Genosse Ömer:

"Auge um Auge, Zahn um Zahn! Stör uns hier nicht, geh in Deine Kirche und bete! Wir kämpfen und können Gejammer nicht gebrauchen!" Ungeheuerer Beifall brandete auf.

Die Marschkolonnen der Arbeiter setzten sich entschlossen und diszipliniert in Bewegung. Voraan ein Arbeiter mit einem hocherhobenen Vorschlaghammer, ein Bauer eilte herbei, um ihn mit seiner Handsichel zu kreuzen, die er offensichtlich dazu mitgebracht hatte, dieses Symbol des Kommunismus darstellen zu können. Rote Fahnen wurden sichtbar.

Kurz vor dem Zusammentreffen mit der ersten Sperrre der Polizei, deren Schlägervisagen sich vor Angst verzerrten angesichts der

anrückenden Arbeiter, ergriff ein anderer gewählter Vertreter der Opelarbeiter, Genosse Persten, das Wort:

"Hört gut zu! Heute morgen habt ihr unsere Freunde und Ge-
nossen, Schüler und Studenten zusammengeschlagen, um so
Fure Brüchten zu verdienen. Was ist das für ein erbärmli-
ches Handwerk! Nun habt ihr Arbeiter gegen Euch! Wir warnen
Fuch! Macht, daß ihr fortkommt! Schnappt Euch lieber Eure
Einsatzleiter, die Euch gleich verheizen werden! Wir wer-
den den jetzt dieses Gelände von Euch "Gewalttätern" räumen."

Die Startbahn-West soll der Vorbereitung für den Krieg um
den Profit der Kapitalistenklasse dienen. Wer das unter-
stützt, macht sich mitschuldig! Wir kennen da kein Erbarmen!
Also nehmt Eure Beine in die Hand und haut ab!"

Nach dieser Vorwarnung stürmten die Demonstranten den Stacheldraht und Bolzenschneidern, die Arbeiter taten mit ihren mitgebrachten Werkzeugen ihre Arbeit. Wasserwerfer und Tränengas kamen gar nicht richtig zum Einsatz, so schnell ging alles. Zahlreiche Wasserwerfer wurden unbrauchbar gemacht. Beim ersten direkten Zusammenstoß mit der Polizei wirkten die Polizeiknüppel wie Streichhölzer im Vergleich zu den langen, kräftigen, wie Lanzen angespitzten Holzstangen, mit der die ersten Reihen der anrückenden Demonstranten ausgerüstet wurden. Zahlreiche Schilder zerbarsten unter gezielt eingesetztem Steinhägel!

Innerhalb kurzer Zeit war das Gelände in der Hand der Demonstranten. Mehrere Einsatzleiter und etliche übereifige Polizisten waren festgenommen und entwaffnet worden.

Sofort wurde das Raugebäude mit riesigen Transparenten ausgerüstet mit den Losungen:

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

KAMPF GEGEN DIE KRIEGSVORBEREITUNG!

NIEDER MIT DFM KAPITALISMUS !

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT!

ZU KRUPP, ABS, SCHMIDT, STRAUS, BÖRNER UND GRIES GIBT ES NUR EINE
ALTERNATIVE: DIKTATUR DER ARBEITERKLASSE ÜBER ALLE AUSBEUTER !

Sofort darauf traf sich der Streik- und Kampfausschug der Opelarbeiter gemeinsam mit Vertretern anderer Organisationen auf

dem Baugelände zu einer Lagebesprechung.

Der rasche Sieg war nur eine Seite der Sache. Es war klar, daß die Organe des westdeutschen Staatsapparats nicht schlafen würden, auch wenn sie momentan überrascht und überrannen waren.

"Wir müssen auf jeden Fall hier bleiben und um jede Hand breite Boden kämpfen" - das war der Standpunkt einiger revolutionärer Jugendlicher.

Ein Sprecher des Streikausschusses antwortete:

"Liebe Genossen, was Ihr denkt, ist gar nicht so radikal. Ihr habt noch Illusionen über diesen Staatsapparat. Sie werden mit Giftgas, Granatwerfern, Panzerwagen und Maschinengewehren kommen. Wir dürfen nicht nur unsere Stärke, wir müssen auch unsere Schwächen sehen. Nichts ist schlimmer, als nach ersten Siegen eine Niederlage einzustecken, weil wir nicht gut genug organisiert sind. Wir müssen also organisiert einen kämpferischen Rückzug durchführen. Wir müssen die Zufahrtsstraßen, so gut es geht, blockieren, einige Überraschungen bereithalten, aber wir können keine Entscheidungsschlacht durchführen. In gewissem Sinne hätten wir dann die Verantwortung für alle unnötigen Opfer in unserem gerechten Kampf."

Und vor allem: Es geht doch um viel mehr als um diesen Teilkampf. Wir müssen es verstehen, in jedem einzelnen Kampf Erfahrungen zu sammeln, Erfahrungen weitergeben, lernen, lernen und nochmals lernen. Auch den Rückzug muß man lernen. Wir ziehen uns zurück, um durch den Sieg gestärkt aus dem Kampf hervorzugehen, um mehr Kräfte für die weiteren Kämpfe zu sammeln für die Vorbereitung des wirklich großen ganz Westdeutschland erfassenden Aufstands der Arbeiter und aller revolutionären Werktagen. Unser Ziel, die Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten, läßt sich nicht hier und heute realisieren."

Und die von kreisenden Hubschraubern begleiteten Panzerwagen des Bundesgrenzschutzes, die Spezialeinheiten der Polizei und der Bundeswehr ließen nicht lange auf sich warten. Sie wurden, so gut es ging, von kleinen gut organisierten Kampfabteilungen der Arbeiter aufgehalten. Die große Masse der Demonstranten zog sich unterdessen organisiert und bewußt zurück, mit dem sicheren Gefühl, daß der Kampf weiter geht und daß auf dem Weg dieses Kampfes ein weiteres großes Stück zurückgelegt worden war...."



In SANRIZUKA, 60 km von Tokio entfernt gab es einen großen über 12 Jahre währenden Kampf gegen den Versuch der japanischen Regierung einen neuen Flughafen zu bauen. Dazu wollten sie das Land der Bauern enteignen. Die Bauern führten einen erbitterten Kampf, unterstützt von Arbeitern, vor allem den Eisenbahnarbeitern, und von Studenten. Der Kampf gewann zunehmend an Härte. Im Verlauf der Kämpfe gab es 5 Tote und über 7000 zum Teil schwer Verwundete. Auch mehrere Polizisten wurden getötet.

Dieser große Kampf ist unter den Gegnern der Startbahn-West viel zu wenig bekannt. Innenminister Gries zumindest war bereits in Japan, um seinerseits die Erfahrungen der Polizei in diesen Kämpfen zu studieren.

Zugegeben - ein Traum...

Aber auch mehr, nämlich auch eine Perspektive und eine Zielsetzung, für die es zu kämpfen lohnt. Die wirkliche Kraft gegen Kriegsvorbereitung, die alle anderen Kräfte führen kann, das ist die Arbeiterklasse. Ohne ihren organisierten Kampf, ohne ihre Kampfentschlossenheit, die sich aus der Klarheit über ihr Ziel und über die jeweils konkrete Situation ergibt, muß sich nach jedem Kampf Resignation breit machen. Und genau das ist auch jetzt die große Gefahr, wo der Kampf gegen die Startbahn-West zweifellos abgeebt ist.

DIE GEFAHR DER RESIGNATION BEKÄMPFEN ! WEITER UND UM MEHR KÄMPFEN !

Nach dem zunächst begeisternden Kampf macht sich nun eine gefährliche Resignation unter den jugendlichen Startbahngegnern breit, die Stimmung: "Man kann ja sowieso nichts machen!" Die Folge: Rückzug ins Privatleben. Eine Ursache dafür ist unter anderem, daß noch nicht die Notwendigkeit erkannt wird, die Erfahrungen aus jedem Kampf auszuwerten und zusammenzufassen und jeden Kampf als Teilkampf eines größeren sehr langen

Kampfes zu begreifen.

Es ist eine sehr gute Sache, wenn Tausende von Jugendlichen zum ersten Mal in ihrem Leben gegen diesen Staat demonstrierten, zum ersten Mal in den politischen Kampf mit eingriffen. Dieser erste Anstoß muß von den bewußten Kräften, den Revolutionären und vor allem den Marxisten-Leninisten nach Möglichkeit und entsprechend den Umständen aufgegriffen werden.

Im großen Rahmen oder im kleineren Kreis, überall, wo eine Möglichkeit existiert, muß die Diskussion auf folgende Punkte gelenkt werden:

- Was ist das eigentlich für eine Gesellschaftsordnung, in der wir leben und in der es Kämpfe wie die um die Startbahn-West gibt? Was hat das für Folgen, wenn der Maximalprofit die Ökonomie der ganzen Gesellschaft reguliert? Warum hat sich die kapitalistische Gesellschaft heute zu einer auf der ganzen Linie reaktionären, verfaulenden, sterbenden Gesellschaftsordnung entwickelt? Was ist Sozialismus, was eine Planwirtschaft? Warum muß die kapitalistische Profitordnung zerschlagen werden?

- Warum herrscht in Westdeutschland heute in Wirklichkeit gar keine "Demokratie", in der das Parlament nur Schaubühne bezahlter Propagandisten der Monopole ist? Warum werden Konflikte letzten Endes durch Polizei und Armee entschieden und nicht durch Abstimmungen? Wie kann man dieser Diktatur der Bourgeoisie, der Geldsäcke und Profithaie beikommen? Und wenn die Ausgebeuteten gesiegt haben, was dann mit den Kapitalisten und ihren Handlangern? Warum ist dann (noch eine lange Zeit) die Diktatur der Arbeiterklasse nötig?
- Warum ist es nötig, gerade die Kriegsvorbereitung des westdeutschen Staates anzuprangern? Was heißt westdeutscher Imperialismus konkret heute für die anderen Völker, für die Arbeiter und Bauern in der Türkei, in Spanien, Chile oder in anderen "rückständigen" Ländern? Was versteht man überhaupt unter Imperialismus?
- Zeigen nicht die Erfahrungen der Entartung ehemals sozialistischer Länder, die Entartung der Sowjetunion und jetzt auch Chinas, daß Sozialismus immer entarten muß? Lohnt sich infolgedessen überhaupt der Kampf? Oder zeigen diese Entartungen nur, daß die Arbeiter, die Revolutionäre, die Kommunisten noch genauer und besser die Gefahren sehen

müssen, noch wissenschaftlicher und noch entschlossener den Kampf gegen die Gefahr der Entartung führen müssen, besser und kompromißloser den von Marx, Engels, Lenin und Stalin geschaffenen wissenschaftlichen Kommunismus verteidigen müssen?

- Warum und wozu ist eine kommunistische Partei nötig? Langt nicht schon ein Blick auf solche lächerlichen Organisationen wie KBW und die KPD von E. Aust oder andere, um den "ML" zu widerlegen?

All diese Fragen dürfen nicht beiseite geschoben werden! Ganz im Gegenteil müssen sie in den Vordergrund geschoben und um die Lösung dieser Fragen muß gestritten werden!

Wir als GEGEN DIE STRÖMUNG, als schwache Kraft, die für den Aufbau der kommunistischen Partei in Westdeutschland kämpft, deren Ziel es ist, den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus im Land mit internationaler Perspektive als Kampf für die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus und Kommunismus zu führen, wir haben die Verpflichtung durch theoretische Arbeit, durch Propaganda und Agitation gemäß unseren Möglichkeiten auf all diese Fragen wirklich überzeugende Antworten zu geben. ■



Kampf dem rassistischen Ausländererlaß des westdeutschen IMPERIALISMUS!

BOLSHEVIK
PARTIZAN

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für die Aktionen der kommunistischen Partei Westberlin

Der westdeutsche Imperialismus hat über seinen Westberliner Senat einen erneuten Höhepunkt an Ausländer- und Menschenfeindlichkeit präsentiert: den neuen Ausländererlaß.

Allen ausländischen Jugendlichen über 18 Jahre soll verboten werden, hier zu leben, wenn sie bei Vollendung des 18. Lebensjahres noch keine 5 Jahre hier waren und wenn sie kein Arbeits- oder Ausbildungsvorleistung vorweisen können. Die "Zugeheirat" soll erst nach 2 Jahren Aufenthalt bzw. für Studenten gar nicht mehr erlaubt sein. Gleichzeitig mit dem neuen Erlaß präsentiert der Westberliner Senat einige Vorschläge zur Änderung des reaktionären Ausländergesetzes, die darauf hinauslaufen, fortschrittliche und revolutionäre Ausländer mundtot zu machen. Gegen Ausländer, die 'Gewalt' angewandt haben, soll faktisch ein neues 'Standrecht' praktiziert werden: ohne Prozeß und ohne Verurteilung sollen sie ausgewiesen werden.

Der neue Ausländererlaß hat den CHARAKTER EINES RASSISTISCHEN SONDERGESETZES, mit dem sich der westdeutsche Imperialismus wieder einmal ganz in der Tradition des Hitlerfaschismus zeigt, der alle "Nicht-Arier" erst als "Untermenschen" titulierte, um sie dann in den KZs bestialisch zu ermorden.

WAS BEZWECKT DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS MIT SEINEN NEUEN MASSNAHMEN GEGEN AUSLÄNDER ?

Die verstärkten Angriffe auf die Rechte der Ausländer sollen von den Auswirkungen der Krise ablenken, um die deutschen gegen die ausländischen Arbeiter zu hetzen. Den deutschen Arbeitern soll weismachtet werden, die Ausländer seien die "Wurzeln allen Übels", die die Arbeitsplätze wegnehmen, die Sozialleistungen absahnen usw., weshalb sie wieder in ihre Länder zurückgehen sollen.

Unumstößliche Tatsache ist jedoch:

- Allein das imperialistische System ist verantwortlich für die Krise.

- Es ist dafür verantwortlich, daß die ausländischen Arbeiter ihre Heimat verlassen müssen - insbesondere auch aufgrund der Ausplünderung dieser Länder durch den westdeutschen Imperialismus. Der "Reichtum" und "höhere Lebensstandard" in Westdeutschland und Westberlin ist zu weiten Teilen gerade aus diesen Ländern zusammengeraubt.

Die chauvinistische und rassistische Hetze gegen andere Völker soll angesichts der wachsenden Kriegsgefahr und der Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus die deutschen Werktäglichen schon heute ideologisch darauf vorbereiten, bald wie gegen andere Völker für die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen.

Durch die neuen Gesetzvorlagen zur Verschärfung des Ausländergesetzes sollen auch 'inoffiziell' und 'indirekt' reaktionäre und faschistische Regime unterstützt werden: Über den 'offiziellen' Weg der Ausweisung von Revolutionären sollen diesen Regimes deren antifaschistische Gegner zugeliefert werden, um sie dann in den Folterkellern verschwinden zu lassen.

Diese reaktionären Maßnahmen sollen darüberhinaus den türkischen und den anderen Faschisten helfen, ihre Basis im Volk als angebliche Verteidiger der Rechte des Volkes zu erweitern. So ist es kein Zufall, daß sich sowohl die faschistische Junta in der

Türkei als auch die faschistischen türkischen Organisationen in Westberlin empört über den Ausländererlaß wütern, um so einmal mehr unter den Werktäglichen aus der Türkei die nationalistische Propaganda zu entfalten, daß alle Deutschen "Feinde der Türken" seien. Der Haß auf alle "Nicht-Türken" soll geschürt werden, um die Arbeiter aus der Türkei davon abzuhalten, gemeinsam mit deutschen Antifaschisten und Antifaschisten aus anderen Ländern gegen Imperialismus und Faschismus zu kämpfen.

KAMPF DEM CHAUVINISMUS UND NATIONALISMUS !

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

Gegen jegliche chauvinistische Verhetzung der deutschen Werktäglichen und gleichzeitig gegen jegliche nationalistische Verhetzung der ausländischen Werktäglichen müssen wir einen hartnäckigen und unnachgiebigen Kampf führen.

Der westdeutsche Imperialismus ist der gemeinsame Feind der deutschen und der hier lebenden ausländischen Arbeiter. Er führt einen unnachgiebigen Kampf für seine Klasseninteressen gegen alle Arbeiter sowohl im eigenen Land als auch in dem von ihm unterdrückten Ländern. Dagegen muß die Kampffront der internationalen Arbeiterklasse hergestellt werden.

Der westdeutsche Imperialismus und die anderen Imperialisten haben längst die nationalen Grenzen gesprengt. Imperialistischer Kapitalexport, Produktionsstättenverlagerungen in "Billigländer" etc. etc. haben längst die nationalen Barrieren hinter sich gelassen. Der Imperialismus ist ein weltumspannendes Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem.

Dieses weltweite System des Imperialismus kann nur zerschlagen und vernichtet werden, wenn sich die Arbeiter und die Völker aller Länder gegenseitig in ihren Kämpfen unterstützen. Der Weg des Kampfes zum Sturz des Imperialismus ist die Durchführung der proletarischen Revolution in den imperialistischen Ländern und der antiimperialistischen antifeudalen Revolution in den vom Imperialismus abhängigen Ländern.

Ohne einen hartnäckigen Kampf gegen die Verseuchung der deutschen Arbeiter und Werktäglichen durch das Opium des deutschen Chauvinismus ist an die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in Westdeutschland und in Westberlin nicht zu denken.

Ohne den unnachgiebigen Kampf gegen den Nationalismus ist es für das Proletariat der vom Imperialismus abhängigen Länder unmöglich, die Volksmassen dieser Länder zum Sieg in der antiimperialistischen antifeudalen Revolution zu führen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH !

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÖCKTE VOLKER VEREINIGT EUCH !

In den konkreten Tageskämpfen gegen den westdeutschen Imperialismus und auch heute gegen dessen westberliner Ausländererlaß heißt das, die Einheit der deutschen und der ausländischen Arbeiter herzustellen unter der Lösung:

AUSLÄNDISCHE UND DEUTSCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT !

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN MILITÄRJUNTA IN DER TÜRKEI !

Die SED und der "friedliche Weg zum Sozialismus" 1945-1955

VORBEMERKUNG

In der Nummer "Das Schema vom 'friedlichen und nichtfriedlichen Weg' widerspricht dem Marxismus-Leninismus" wird in allgemein-theoretischer Form behandelt, was speziell in Deutschland nach 1945 eine ideologische Kontroverse hervorgerufen hatte: Gibt es einen "friedlichen-demokratischen" Weg zum Sozialismus angesichts "neuer, besonderer" Bedingungen?

Der nachfolgende Artikel versucht, gestützt auf das Studium der Hauptdokumente der KPD und der SED nach 1945 nachzuweisen, daß die Annahme (1945-1946) eines solchen "friedlich-demokratischen" Weges ganz falsch und die spätere Selbstkritik (1948) ganz ungenügend war, was dem XX. Parteitag der KPdSU seinen großen Einbruch in die Reihen der Kommunisten in Deutschland massiv erleichtert hat.

Der nachfolgende Artikel ist nur ein Teil einer umfassenden Arbeit über die KPD/SED nach 1945 bis 1956, die gemeinsam mit den Genossen des WBK in Zukunft überarbeitet und fertiggestellt werden soll.

DIE SED UND DER "FRIEDLICHE WEG ZUM SOZIALISMUS"

Der Sieg der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion Stalins über den Hitlerfaschismus, die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparats durch die Formationen der Roten Armee, schuf für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands äußerst günstige objektive Voraussetzungen, um ein für allemal Schluß zu machen mit der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie. Die Wahrnehmung dieser günstigen Möglichkeit hing aber weitgehend vom Klassenbewußtsein des Proletariats, dem Erfolg des Kampfes der Kommunisten für eine revolutionäre Zukunftsorientierung entsprechend den allgemeingültigen Lehren des Marxismus-Leninismus ab.

Unter diesem Gesichtspunkt waren die Voraussetzungen für die unmittelbare Erkämpfung der Diktatur des Proletariats keineswegs so günstig, denn das deutsche Proletariat, die werktätigen Massen in Deutschland hatten sich nicht aus eigener Kraft vom Hitlerfaschismus befreit. Sie hatten sich nicht nur nicht in einem gewaltsmäßen Aufstand gegen den deutschen Imperialismus erhoben, sondern ließen sich in ihren großen Teilen bis zum Schluß für die Aggressionsziele des deutschen Imperialismus und Faschismus einspannen. Somit war trotz einer allgemein antifaschistischen Stimmung nach der Kapitulation der Faschisten das Klassenbewußtsein des Proletariats gering und standen die Kommunisten vor einer sehr komplizierten Situation.

Beide Seiten, sowohl die durch die Rote Armee geschaffenen günstigen Bedingungen als auch die durch den fehlenden Aufstand bedingten negativen Voraussetzungen müssen gesehen werden, um die daraus erwachsenden revolutionären Aufgaben der Kommunisten, der KPD, der damaligen Zeit richtig begreifen zu können.

Beide Seiten machten es für die Marxisten-Leninisten unbedingt erforderlich, sich ein tiefgehend-

des Verständnis der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Marxismus-Leninismus, der für alle Länder der Welt gültigen Grundsätze der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zu verschaffen. Denn nur hiervon ausgehend und in deren konsequenter Anwendung konnten die gegebenen Bedingungen in ihrer Bedeutung richtig eingeschätzt, nur so konnte der Zusammenhang zwischen dem Wirken der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der gewaltsmäßen proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats einerseits und der durch die Anwesenheit der Roten Armee entstandenen Lage andererseits richtig erfaßt werden. Dies war eine unerlässliche Voraussetzung, um die für die Realisierung der objektiven Möglichkeiten erforderlichen subjektiven Voraussetzungen zu schaffen.

Eine Analyse der damaligen Politik sowie der Dokumente der KPD, und dann der SED, zeigt jedoch, daß es in seite die günstigen Bedingungen herausgestellt wurden, diese verabsolutiert und schließlich aus ihnen dem Marxismus-Leninismus widersprechende Schlußfolgerungen abgeleitet wurden.

Offensichtlich in dem Bestreben, nur möglichst schnell zu einer Einheit mit den antifaschistischen Teilen der Sozialdemokratie zu gelangen, entwickelte die SED-Führung die These vom "demokratischen Weg zum Sozialismus", der angeblich aus den durch die Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Rote Armee herbeigeführten Bedingungen sich ergeben.

Der revisionistische Kern dieses "demokratischen Wegs" oder auch "deutschen Wegs zum Sozialismus" besteht in der Propaganda eines "friedlich-demokratischen Wegs zum Sozialismus", der der gewaltsmäßen Revolution gegenübergestellt wurde. Damit wurde gesagt, daß unter den gegebenen Bedingungen die Macht der Arbeiterklasse mit demokratischen, eben nichtdiktatorischen und nichtgewaltmäßen Mitteln "erobert" werden könnte und die realen Voraussetzungen vorhanden gewesen seien, daß sich die Bourgeoisie an die "demo-

kratischen Spielregeln" der friedlichen Unterordnung unter die "Mehrheit der Arbeiterklasse" halte.

Zudem wurde der "demokratische Weg zum Sozialismus" sogar für ganz Deutschland propagiert, also auch für die unter der Besetzung der westlichen Imperialisten stehenden Teile Deutschlands. Damit wurde der völlig verschiedene Klassencharakter der westlichen Besatzungsmächte einerseits und der sowjetischen Besetzung andererseits vertrügt. Dies führte schließlich sogar dazu, daß sich neuformierten von den westlichen Imperialisten hochgepappelten reaktionären Staatsmacht der (west)deutschen Imperialisten in Westdeutschland den "demokratischen Weg zum Sozialismus" entgegenzusetzen, was praktisch auf Reformismus hinauslief.

Betrachten wir uns die Standpunkte der SED zu dieser Frage etwas genauer.

A) DIE SED ENTWICKELT EINEN BESONDEREN "DEMOKRATISCHEN WEG ZUM SOZIALISMUS"

Die für die Frage entscheidende Stelle im Gründungsdokument der SED "Grundsätze und Ziele der SED" aus dem Jahre 1946 lautet:

"Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die SED erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt." ("Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, 1, Berlin 1959, S. 626 - 627)

Hier wird offen ein gewaltfreier Weg zum Sozialismus propagiert, der im günstigsten Fall ganz auf revolutionäre Mittel verzichten kann, da (bzw. wenn) die Möglichkeit gegeben sei, daß sich die ganze kapitalistische Klasse friedlich unterordnet, auf dem Boden der "Demokratie steht! Und dies soll sogar gleichermaßen für Ost- und Westdeutschland gelten! (*)

(*) Ulbricht verbreitete im Juni 1945 in der Frage der Zusammenarbeit der Alliierten eine gewisse Euphorie. Er schrieb:
(Fortsetzung der Fußnote auf der nächsten Seite)

Diese Formulierung im Gründungs-dokument der SED bezeichnet Ulbricht als "geschichtlichen Verdienst":

"Es ist das geschichtliche Verdienst der Sozialistischen Einheitspartei, daß sie ... die seit Jahrzehnten umstrittene Frage des Weges zum Sozialismus klar beantwortet hat." (Walter Ulbricht, "Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Aus Reden und Aufsätzen", III, S. 117, Stuttgart 1953)

Diese Formulierung ist nicht zufällig, sie taucht in mehreren Reden Ulbrichts auf. So heißt es in "Strategie und Taktik der SED" im Oktober 1946 unmißverständlich:

"Das geschichtliche Verdienst der SED besteht darin, daß sie die alte Kampffrage der deutschen Arbeiterbewegung, die Frage des Übergangs von der Herrschaft der imperialistischen Machthaber zu einer sozialistischen Ordnung unter Auswertung aller deutschen und internationalen Erfahrungen, klar beantwortet hat. ... Indem durch die Beseitigung der privaten Konzerne, Kartelle, Großbanken und des Grundbesitzes die Macht der Träger autoritärer Herrschaftsgegüste gebrochen wird, ist eine demokratische Entwicklung zum Sozialismus möglich. Da die Arbeiterklasse und die am Sozialismus gleichermaßen interessierten werktätigen Massen (*) die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes bilden, erstrebt die SED die Errichtung der Arbeitermacht mit den Mitteln der Demokratie."

(a.a.O., S. 65)

(Fortsetzung der Fußnote von S.15)

"Wir sind überzeugt, daß ebenso wie die Beschlüsse von Teheran und Jalta ... auch die künftigen Beschlüsse der Alliierten zur Sicherung des Friedens durchgeführt werden. ... Wir sind überzeugt, daß die Alliierten auf Grund der Entwicklung der volksdemokratischen Bewegung in Deutschland selbst auch zu neuen Entschließungen kommen werden, denn die Förderung dieser antifaschistischen demokratischen Entwicklung ist der beste Boden für die Beseitigung der Reste des Nazismus und für die Herbeiführung eines loyalen Verhältnisses der deutschen Bevölkerung zur Besatzung. Deshalb sehen wir deutschen Antifaschisten unsere Aufgabe darin, in unserem Volk den Willen und die Hoffnung auf eine feste Zusammenarbeit der Alliierten im Frieden zu stärken..." ("Völker hört die Signale, der deutsche Kommunismus 1916 - 1966" München 1967, S. 292)

(*) Nebenbei wollen wir hier anmerken, daß Ulbricht mit dieser Formulierung, daß die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen gleichermaßen am Sozialismus interessiert sind, das Problem der führenden Rolle der Arbeiterklasse einfach wegläßt, was eben blanker Revisionismus an den grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus ist.

Hier geht es Ulbricht nicht nur um die Beantwortung der durch die neue Situation nach dem 2. Weltkrieg in der sowjetisch besetzten Zone entstandenen neuen Fragen. Er brüstet ja gerade als besonderes "geschichtliches Verdienst", jetzt endlich - jenseits aller bisherigen Kämpfe zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus - die allgemein "richtige" Formel für den Übergang zum Sozialismus gefunden zu haben.

Bereits auf dem 15. Parteitag der KPD am 20. 4. 1946 kurz vor der Vereinigung mit der SPD argumentierte Wilhelm Pieck ebenfalls eindeutig in die Richtung eines friedlichen Wegs der Unterordnung der Minderheit der Ausbeuter unter die Mehrheit der Werktätigen, bzw. einer schrittweisen Verdrängung der Macht der Kapitalisten:

"Gerade deshalb ist unsere Hervorherrung der Einheit der Arbeiterklasse und der Verschmelzung der beiden Parteien von so grosser Bedeutung, um dadurch den politischen Einfluß der Arbeiterklasse bis zur Eroberung ihrer politischen Macht zu steigern. In unseren 'Grundsätzen und Zielen' wird klar zum Ausdruck gebracht, daß wir durch die Schaffung von Arbeitermehrheiten die politische Macht der Arbeiterklasse herbeiführen wollen, und daß wir mit der Möglichkeit rechnen, auf diesem Weg den Sozialismus herbeizuführen." ("Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" Reihe III, 1, Berlin, 1959, S. 614)

Pieck scheut hier offensichtlich solche klaren marxistisch-leninistischen Begriffe wie den Klassenkampf und ersetzt sie durch solche Kautschuk-Formulierungen wie "den politischen Einfluß der Arbeiterklasse bis zur Eroberung ihrer politischen Macht zu steigern". Daß man darunter den ganzen revisionistischen Plunder, nur nicht die Lehren des Marxismus-Leninismus über den Klassenkampf und die Revolution versteht muß, wird am nächsten Satz sofort klar. Von was für "Arbeitermehrheiten" spricht Pieck denn hier eigentlich, wenn nicht von den Mehrheiten im Parlament? Statt vom "demokratischen Weg" könnte er also auch vom "parlamentarischen Weg zum Sozialismus" reden.

Nachdem Pieck einige Marx-Zitate über den Begriff der politischen Macht der Frage der Diktatur geübergestellt hat, wird er noch deutlicher:

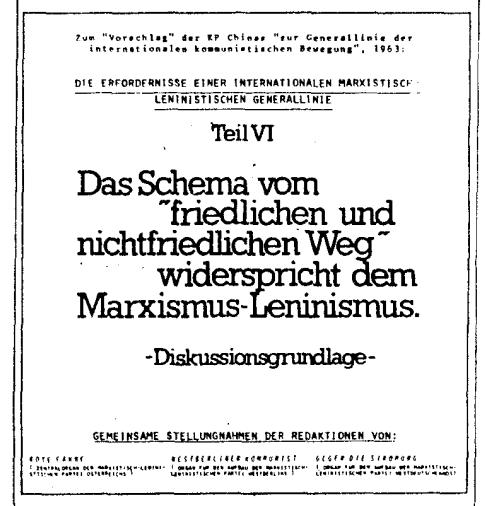
"Dieser Gedankengang ist die Grundlage der 'Grundsätze und Ziele' der SED, die sich klar und eindeutig auf den Boden des konsequenten Marxismus stellt, aber nicht eines dogmatischen Marxismus, der zu allen Zeiten alte Weisheiten starr wiederholt, sondern sie steht auf dem Boden des lebendigen und kämpferischen Marxismus, der alle Veränderungen in der Entwicklung sorgfältig studiert und entsprechend der besonderen Lage seine politischen Maßnahmen bestimmt.

Das Neue in der heutigen Lage besteht darin, daß gewisse Möglichkeiten vorhanden sind, daß

die Arbeiterklasse auf friedlichem Wege mit Mitteln der Demokratie zur politischen Herrschaft gelangt." (Ebenda, S. 615)

Hier wird also deutlich der besondere "deutsche Weg" den Leitsätzen des Marxismus-Leninismus über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats gegenübergestellt. Der "friedliche Weg" mit "demokratischen" Mitteln steht also gegenüber dem "alten" Weg, dem Weg der Oktoberrevolution.

Dieser Revisionismus wird versucht demagogisch zu tarnen: Angeblich erfordere die besondere Lage in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg neue Leitsätze, die "alten" Leitsätze des Marxismus-Leninismus auf Deutschland anzuwenden, sei "dogmatisch".



Diese ganze Demagogie bezweckte - mit dem Hinweis auf die besondere Lage in Deutschland - die für die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution für alle Länder gültigen Prinzipien der Oktoberrevolution, für Deutschland für ungültig zu erklären. Dies betraf vor allem die unbedingte Notwendigkeit der gewaltsamen, bewaffneten Zerschlagung des Staatsapparats und des gewaltsamen Sturzes der herrschenden Klasse in der proletarischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats gegen und über die Bourgeoisie, der gewaltsamen Unterdrückung der Bourgeoisie und ihrer Versuche der Konterrevolution, ihrer diktatorischen Enteignung mit dem Ziele der Liquidierung der Bourgeoisie als Klasse, usw. - Stattdessen Propagierung eines "deutschen", "demokratischen", "friedlichen" und "parlamentarischen" Wegs zum Sozialismus. Dies widerspricht den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, die in unserer heutigen Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution auch durch keinerlei besondere historische oder örtliche Gegebenheiten außer Kraft gesetzt werden können.

Die westlichen Alliierten gingen in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands auch gleich daran, den deutschen Imperialismus zu schützen und seine Herrschaft mit Hilfe ihrer Armeen unter der Maske der "Demokratie" und der "Republik" aufrechtzuerhalten. Hier von einem "friedlichen", bzw. "demokratischen" Weg zum Sozialismus zu reden, die Arbeiterklasse also nicht auf die Revolution, die gewaltsame Zerstörung des neu entstehenden Staatsapparats der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie vorbereiten, bedeutete auf die Revolution überhaupt zu verzichten und sich auf Reformismus zu beschränken.

Das, was Anton Ackermann in einem richtungsweisenden Artikel in der ersten Nummer der Zeitschrift "Einheit" entwickelte und aussprach, war nur eine konsequente Fortführung der Gedanken, die Ulbricht und Pieck entwickelt und die in den "Grundsätzen und Zielen" der SED dargelegt worden waren.

Ackermann ging davon aus, daß in dem neuen demokratischen Staat, der "antifaschistischen, demokratischen Republik" der friedliche Weg zum Sozialismus möglich sei:

"Entwickelt sich aber die antifaschistische demokratische Republik als ein Staat aller Werktägten unter Führung der Arbeiterklasse, so ist der friedliche Weg zum Sozialismus durchaus möglich, insofern dann die Gewaltanwendung gegen den (übrigens vollkommen legalen, vollkommen gesetzmäßigen) Anspruch der Arbeiterklasse auf die ganze Macht unmöglich ist. ... Kein anderer als Lenin hat betont, daß es der größte (*) Fehler wäre, die Wahrheit über die Allgemeingültigkeit der russischen Erfahrungen zu übertreiben und 'sie auf mehr als einige Grundsätze unserer (d.h. der russischen) Revolution auszudehnen'." ("Völker hört die Signale, der deutsche Kommunismus 1916 bis 1966", herausgegeben von Hermann Weber, München 1967, S. 293 - 294)

Also auch für den von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands, wo die Arbeit für die Schaffung einer antifaschistischen, demokratischen Republik tatsächlich in Angriff genommen wurde, wird der "demokratische", "friedliche" Weg zum Sozialismus propagiert. Dies

(*) Dies ist eine äußerst plumpen Fälschung! Lenin sprach nicht vom "größten Fehler", sondern sagte:

"Natürlich wäre es ein großer Fehler, diese Wahrheiten zu übertreiben. ... Aber im gegebenen Zeitpunkt liegen die Dinge nun einmal so, daß das russische Vorbild allen Ländern etwas ... Wesentliches aus ihrer unausweichlichen ... Zukunft zeigt. Die fortgeschrittenen Arbeiter aller Länder haben das längst begriffen..." (Lenin, "Der linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, LW 31, S. 5 - 6)

Lenin hatte also den Akzent genau umgekehrt gesetzt!

wird mit solchen Sophistereien begründet, wie daß die Bourgeoisie die demokratischen Spielregeln akzeptiere, den "legalen, vollkommen gesetzmäßigen Anspruch der Arbeiterklasse auf die ganze Macht" akzeptiere und auf konterrevolutionäre Gewalt verzichte, die Arbeiterklasse daher ebenfalls "friedlich" und "gewaltlos" zum Sozialismus, ohne Diktatur über die Bourgeoisie, gelangen könne.

In der Polemik gegen den Renegaten Kautsky hat Lenin alle solche Vorstellungen von einem "friedlichen und gewaltfreien" Weg klar als Opportunismus und Liebedienerei vor der Bourgeoisie entlarvt und gerade die Notwendigkeit der gewaltssamen Diktatur über die Ausbeuterklasse hervorgehoben. Nicht das Funktionieren demokratischer Spielregeln, sondern einzig die gewaltssame Unterdrückung der Bourgeoisie ist notwendige Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus. Es heißt bei Lenin:

"Notwendiges Merkmal, unerlässliche Bedingung der Diktatur ist die gewaltssame Niederhaltung der Ausbeuter als Klasse und folglich die Verletzung der 'reinen Demokratie', d.h. der Gleichheit und Freiheit, gegenüber dieser Klasse." (Lenin, "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Einzelausgabe Peking, S. 39, Hervorhebungen bei Lenin)

Im Anschluß an die obige Passage von Ackermann geht dieser noch einen Schritt weiter und propagiert diesen "friedlichen" Weg für ganz Deutschland, und er stellt diesen "deutschen Weg" dem der Oktoberrevolution gegenüber:

"Gelingt es in Deutschland, vor dem Sieg der Arbeiter über die Bourgeoisie die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung auf dem Boden des konsequenten Marxismus herzustellen, so wird auch dieser Umstand die weitere politische Entwicklung wesentlich anders gestalten als nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland." ("Völker hört die Signale...", ebenda, S. 295)

Damit wird unumwunden für "Deutschland" ein vom Weg der Oktoberrevolution "wesentlich" verschiedener Weg propagiert, was die gänzliche Abkehr vom Marxismus-Leninismus bedeutet.

B) WIE SICH DIE SED ZUR "SELBST-KRITIK" ÜBER DEN "BESONDEREN DEUTSCHEN WEG ZUM SOZIALISMUS" DURCHRINGT

Bekanntlich wurde unter der Führung Stalins und der KPdSU(B) 1948 in der internationalen kommunistischen Bewegung die Offensive gegen den Tito-Revisionismus eröffnet, der unter anderem den "jugoslawischen Weg zum Sozialismus" propagierte. Es ist offensichtlich, daß die SED um nicht selbst ins Schußfeld zu geraten, von der Verteidigung des "demokratischen Wegs zum Sozialismus" Abstand nehmen mußte.

Beimerkenswert dabei ist allerdings,

wie diese Korrektur vollzogen wurde. Es wurde nicht unumwunden der gravierende ideologische Fehler zugegeben, seine Ursachen und die Hauptverantwortlichen für den Fehler wurden nicht offen benannt. Stattdessen wurde der Fehler zunächst direkt gerechtfertigt, indem behauptet wurde, das Voranschreiten der Zeit habe die alte Formulierung lediglich unaktuell gemacht. Ulbricht argumentierte damals folgendermaßen:

"Die bei der Vereinigung beschlossenen Grundsätze und Ziele sind zum großen Teil erfüllt und bedürfen auf Grund der neuen Erfahrungen der Partei und der theoretischen Erkenntnisse einer neuen Formulierung." (in "Neues Deutschland" vom 14. Mai 1950, bzw. Fred Oelßner, "Das Kompromiß von Gotha und seine Lehren", Berlin 1950, S. 56)

Doch schließlich kam man nicht umhin, das Kind doch irgendwie beim Namen zu nennen. Zunächst aber versuchte man, diesen Revisionismus vor allem Anton Ackermann zuzuschreiben, der sicherlich zu den glühendsten Verfechtern dieses Revisionismus gehörte. Wie wir sahen, wurde jedoch die Theorie vom "demokratischen Weg" von der zentralen Führung, eben von Pieck, Ulbricht, etc. getragen.

Im Zusammenhang mit der Entschließung des Parteivorstands der SED vom 16. September 1948 "Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED" (siehe "Dokumente der SED", Band II, Berlin 1958, S. 93 - 99) und der Entschließung des Parteivorstands der KPD 3 Wochen später am 6. und 7. Oktober 1948 "Über die Lage in Jugoslawien und die Lehren für die KPD" wurde zunächst Anton Ackermanns Artikel unter Beschluß genommen. Ulbricht und Pieck wurden nirgends erwähnt.

In der Entschließung der SED hieß es:

"Es gibt keinen 'friedlichen Weg' zum Sozialismus! Die Theorie vom 'relativ friedlichen Weg zum Sozialismus' führte zu einer falschen Einschätzung des Charakters des Staatsapparates in Westdeutschland. Sie ist darum besonders gefährlich, weil durch sie alte sozialdemokratische Theorien und Illusionen über das 'friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus' neu belebt werden. ... Die Theorie von dem 'besonderen deutschen, relativ friedlichen Weg zum Sozialismus' ist, darum falsch und bedeutet nicht nur ein Abgleiten in den Nationalismus, sondern auch eine Verkennung unserer Aufgaben in Westdeutschland, ein Verlassen des Bodens des Klassenkampfes und eine Abkehr von der marxistisch-leninistischen Staatstheorie." ("Dokumente der SED", Band II, Berlin 1958, S. 93 - 99)

Ackermann übte Selbstkritik in einem Artikel des "Neuen Deutschland" vom 24. 9. 1948, die akzeptiert wurde.

Doch noch immer wurden keine Verbindungen mit dem Gründungsdoku-

ment der SED oder gar den Führern der SED hergestellt.

Im September 1948 wird Ulbricht etwas deutlicher. Er verteidigte in einem Artikel in der "Einheit" die "Grundsätze und Ziele", wobei er gleichzeitig etwas unvermittelt eine Wendung vornahm:

"Durch die Vereinigung von SPD und KPD und durch die Annahme einmütiger 'Grundsätze und Ziele' wurde die Grundlage für eine neue Entwicklung geschaffen. Die Vereinigung bedeutete nicht den Zusammenschluß auf einer 'mittleren Linie', sondern die ideologische Grundlage der Partei kann nur die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin sein. (Walter Ulbricht, "Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Aus Reden und Aufsätzen", III, S. 291, Stuttgart 1953)

Angesichts des diametralen Gegen-satzes zwischen dem Marxismus-Leninismus einerseits und den Passagen in "Grundsätzen und Zielen" andererseits, erscheint diese Feststellung Ulbrichts höchst unlogisch. In der Folge erweist sie sich jedoch als Vorbereitung der Kritik und der Zurücknahme der hier noch verteidigten SED-Gründungsdokumente.

Die Rolle der eigentlichen Kritik fiel Fred Oelßner zu. (Oelßner wurde wegen seines Vorschlags der Auflösung der Maschinen-Traktoren-Stationen 1958 aus den Führungs-gremien der SED ausgeschlossen.)

Zunächst "korrigierte" er unter der Hand Piecks Rede auf dem 15. Parteitag der KPD, in der Pieck die Diktatur des Proletariats durch "politische Macht" umschrieben hatte. Seine Methode war die: Oelßner behauptete einfach etwas, was offensichtlich nicht den Tat-sachen entsprach, nämlich daß in den "Grundsätzen und Zielen" der SED von der Diktatur des Prole-tariats gesprochen worden wäre. Unverfroren schreibt er:

"Es kommt sehr oft vor, daß un-sere Gegner uns mit dem 'Vor-wurf' zu 'entlarven' glauben, daß wir 'die Diktatur' anstreben! Sie könnten sich diese 'Ent-larvung' ersparen. Selbstver-ständlich kämpfen wir als Marxi-sten-Leninisten für die Herr-schaft der Arbeiterklasse, und daß heißt für die Diktatur des Proletariats (!), als der uner-läßlichen Voraussetzung für den Sozialismus. Wir haben dies bei der Vereinigung in unseren "Grundsätzen und Zielen" vor al-ler Welt bekannt, und wir sind keine Opportunisten, denen die Grundsätze nur eine Angelegen-heit feiertäglicher Deklamatio-nen sind." ("Einheit", Nr. 8/1949, S. 47)

So schrieb Oelßner noch im August 1946, wobei er "übersicht", daß 1946 die Diktatur des Proletariats nicht "Angelegenheit feiertägli-cher Deklamationen" sein konnte, da sie in "Grundsätzen und Zielen" ganz fehlt!

Doch 1950 stellte er eine Verbin-dung her zwischen dem "besonderen deutschen Weg" und den "Grundsätzen und Zielen" der SED und übte

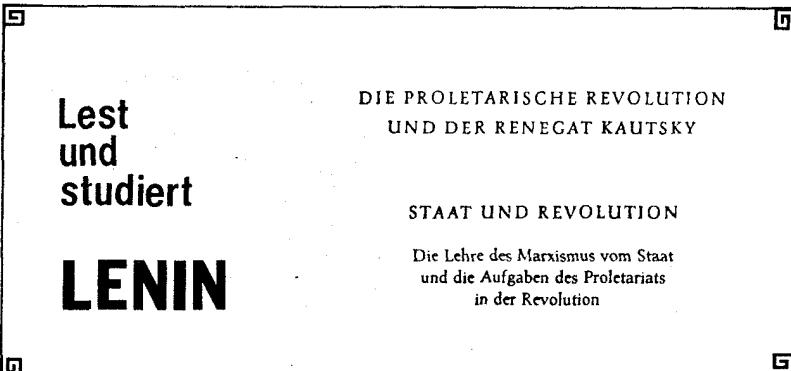
Kritik am Gründungsdokument der SED:

"Diese Theorie (gemeint ist die Ackermanns, AdV.) führte dazu, daß der klare und jedem verständliche Satz in den vom Vereini-gungsparteitag beschlossenen 'Grundsätzen und Zielen': 'Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse' opportunistisch ausgelegt wurde. Dieser Satz wurde so interpretiert, daß die po-litische Macht der Arbeiterklasse etwas anderes sei als die Dik-tatur des Proletariats, wie sie von Marx und Engels theoretisch begründet und von Lenin und Sta-

zialistische Gesellschaft. Die Verwirklichung des Sozialismus, nicht nur die Eroberung der pro-letarischen Diktatur, ist der größte revolutionäre Akt in der Geschichte der Menschheit;

drittens (*) endlich hat ge-rade die Formulierung des 'demo-kratischen Weges zum Sozialis-mus' die falsche und schädliche Auf-fassung des besonderen deut-schen Weges zum Sozialismus ge-stärkt, die von der Partei über-wunden und einmütig abgelehnt wurde."

(Oelßner, "Das Kompromiß von Gotha und seine Lehren", Berlin 1950, S. 55 - 56)



lin 1917 in Rußland verwirklicht wurde. Deutschland gehe eben sei-nen besonderen Weg und könne angeblich ohne eine proletarische Diktatur, wie sie durch die große, sozialistische Oktober-revolution errichtet wurde, zum Sozialismus kommen.

Erleichtert wurde diese opportu-nistische Auslegung der 'Grund-sätze und Ziele' durch einen an-deren in ihnen enthaltenen Satz, der lautet: 'Die SED erstrebt den demokratischen Weg zum So-zialismus; sie wird aber zu re-volutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie ver-läßt.'

Dieser Satz ist grundsätzlich un-richtig, denn

erstens ist es falsch, dem demo-kratischen Weg revolutionäre Mittel entgegenzustellen. Es gibt keinen demokratischeren Akt, als wenn die Volksmassen selbst ihr Schicksal entscheiden, wie es in der großen sozialistischen Okto-berrevolution geschah. Sie war die demokratischste Revolution der Weltgeschichte;

zweitens ist es falsch, den Ein-druck zu erwecken, als sei der Weg zum Sozialismus mit nichtre-volutionären Mitteln gangbar. Der Sozialismus kann - ganz gleich in welcher konkreten Form sich seine Verwirklichung voll-zieht - nur mit revolutionären Mitteln errungen werden, denn er bedeutet eine grundlegende Änderung der Eigentumsverhält-nisse, er bedeutet die Ablösung einer Produktionsweise (der ka-pitalistischen Ausbeutung) durch eine andere Produktionsweise (in der es keine Ausbeutung mehr gibt) und er bedeutet letzten Endes die Ersetzung der bürger-lichen Gesellschaft durch die so-

Es hat sich nun also herausge-stellt, daß das, was Ulbricht mehr-fach "geschichtliches Verdienst" der SED genannt hatte, daß gerade dieser viel gelobte Satz, dem Marxismus widerspricht.

Es muß festgestellt werden, daß nicht nur die Kritik an den "Grundsätzen und Zielen" der SED sehr beschränkt blieb, son-dern daß vor allem von einer systematischen Auswertung der gesamten Politik und Theorie der SED, einer offenen Aufdeckung aller Fehler, gerade auch der Führer der Partei, nicht die Re-de war. Genausowenig wurden die Wurzeln und Quellen dieser Feh-ler aufgedeckt.

Angesichts dieser antimarxisti-schen Haltung zur Kritik und Selbstdkritik ist kaum anzuneh-men, daß die benannten Fehler, für die außer Ackermann offenbar niemand die Verantwortung trug, in der Praxis wirklich ausge-räumt wurden.

Es darf daher nicht allzu sehr wundern, wenn Ulbricht dann 1963 auf dem VI. Parteitag nachträg-lich feststellte, was er schon 1946 propagiert hatte, daß näm-lich

"die Durchführung der sozia-listischen Umgestaltung auf friedlichem, demokratischem Weg" möglich sei. (Siehe "Geschichte der deut-schen Arbeiterbewegung", Ka-pitel XV, S.112) ■

ts. g.

(*) In einem Nachdruck dieses Abschnitts der Broschüre Oelßners in der Zeitschrift "Neuer Weg" von 1950 fehlt dieser Abschnitt, der die Beziehung von "Grund-sätze und Zielen" mit dem "beson-deren deutschen Weg" herstellt!

Gemeinsame Veranstaltung MAO TSE-TUNG · SEINE VERDIENSTE · SEINE FEHLER erfolgreich durchgeführt!

Rote Fahne

**BOLSEVIK
PARTIZAN**

**GEGEN DIE
STRÖMUNG**

WESTBERLINER KOMMUNIST

ner der kanadischen "Bolschewistischen Union" nahestehenden französischen Gruppe namens "Bolschewistische Tendenz" mache keine Organisation von der Möglichkeit Gebrauch, ihren Standpunkt der Kritik und der Debatte auszusetzen. (Zum Auftreten der Anhänger der Partizan-ZK-Faktion auf der Veranstaltung nehmen wir gleich Stellung.) Offensichtlich besteht bei diesen beiden opportunistischen Strömungen mangelndes Interesse an einer qualifizierten Diskussion bzw. wenig Vertrauen in die Überzeugungskraft der eigenen Argumente.

Von befreundeten Organisationen waren aus dem Iran Sympathisanten der Organisation PEYKAR (Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse) mit einem Redebeitrag auf der Veranstaltung vertreten; aus Afghanistan wurde ein Redebeitrag der Organisation AKHIGAR (Kommunistische Partei Afghanistan/ML - Aufbauorganisation) über die Einschätzung des Werkes Mao Tse-tungs verlesen.

Die lebhafte Diskussion in der Folge von zuvor an die Teilnehmer der Veranstaltung verteilten Redebeiträgen ging auf die verschiedensten Fragen ein: Von der Frage der Rolle der nationalen Bourgeoisie in der chinesischen Revolution als Bündnispartner der Revolution über die Rolle der zwei Phasen des Parteiaufbaus der KP Chinas, von der Frage der Ursachen der Niederlage der chinesischen Revolution 1927 über die Berücksichtigung der internationalen Lage und der Lage in China bei der antijapanischen Einheitsfront, von den zwei verschiedenen Arten der Volksdemokratie in Osteuropa einerseits und in China andererseits über die Debatte der Fehler Mao Tse-tungs nach 1957 und ihren Korrekturen zur Zeit der Kulturrevolution bis hin zur Frage der Gesamt-einschätzung des Werks Mao Tse-tungs bewegte sich die Debatte und ging noch auf etliche andere sehr wichtige Fragen ein. Um diese bedeutungsvolle Debatte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wird zur Zeit bereits an einer Gemeinsamen Erklärung gearbeitet, in der wesentliche Diskussions- und Redebeiträge enthalten sein werden, auch die, die wegen fortgeschrittenen Zeit nicht mehr gehalten werden konnten.

Sehr positiv aufgenommen wurde die Vorführung eines Films, den die Delegation der österreichischen "Roten Fahne" am 1.10. 1966 in Peking bei einer Demonstration von einer Million Menschen auf dem Tien Anmen-Platz gedreht hatte. Während der Vorführung des Films berichtete der Vertreter der "Roten Fahne" über zwei Gespräche der österreichischen Delegation mit Mao Tse-tung sowie über die Eindrücke beim Besuch in China während der Zeit der Kulturrevolution.

Rechtzeitig zur Veranstaltung war der 265 Seiten starke erste Teil der "Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs" über Band I der Ausgewählten Werke und zum sogenannten "Band V" Mao Tse-tungs fertig geworden. Die Diskussionen auf der Veranstaltung stellten eine gute Anregung dar, sich mit dieser von den drei Redaktionen der ROTEN FAHNE, von GFGEN DIF STRÖMUNG und vom WESTBERLINER KOMMUNIST erstellten, umfangreichen Auseinandersetzung mit dem Werk Mao Tse-tungs zu beschäftigen.

Überhaupt wurde wieder marxistisch-leninistische Literatur im Werte von über 2000 DM verkauft. Das Spendenergebnis zur Finanzierung der Veranstaltung betrug 2700 DM.

WIE IST DAS AUFTREten DER ANHÄNGER DER TKP/ML-ZKFAKTION AUF DER VERANSTALTUNG ZU BEURTEILEN?

Anhand der Redebeiträge der Anhänger der TKP/ML-ZKFaktion in dem Wortprotokoll über die Mao Tse-tung-veranstaltung kann sich jeder Leser selbst im Detail ein Urteil bilden über den politischen Standpunkt dieser Leute, wenn sie etwa das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie in halbkolonialen, halbfeudalen und abhängigen Ländern als strategische Aufgabe des Proletariats betrachten. Hier sollen nur einige Worte über die Form dieses Auftritts gesagt werden. Nachdem sich am ersten Tag die anwesenden Anhänger der TKP/ML-ZKFaktion erst, nachdem sie über mehrere Stunden von verschiedenen Rednern dazu herausgefordert worden waren, bereit fanden, ihren Standpunkt darzulegen, mobilisierten sie am zweiten Tag etliche ihrer Anhänger, um das klägliche Bild, das die wenigen Anhänger der TKP/ML-ZKFaktion am ersten Tag geboten hatten, dadurch wettzumachen, daß sie Kritiken an ihren Positionen durch immer wieder und wieder vorgebrachte Sprechchöre für den "Volkskrieg" beantworteten. Ein führender Anhänger der TKP/ML-ZKFaktion startete einen äußerst provokativen Versuch, für sich selbst ebenso viel Redezeit zu fordern wie alle Redebeiträge der veranstaltenden Organisationen zusammengekommen. Daß er dabei sich das Mikrofon ausgerechnet in dem Moment ergattern wollte, als ein Redner der Sympathisanten von PEYKAR seinen Redebeitrag vortragen wollte, verleiht dieser Provokation außerdem noch einen chauvinistischen Beigeschmack. Daß die Veranstaltungleitung wie überhaupt die übergroße Mehrzahl der Teilnehmer sorgsam darauf achtete, keinerlei Blößen für Provokationen zu bieten, ist sicher ein zusätzlicher Erfolg der Veranstaltung. Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß von Seiten der Veranstaltungleitung dabei zu wenig energisch aufgetreten wurde gegen die Versuche der TKP/ML-ZKF-Anhänger, sich Sonderrechte zu erschwindeln. Das wird sicher eine Lehre für spätere Veranstaltungen sein. ■

Am 26. und 27. September 1981 ist in Frankfurt/Main die gemeinsame Veranstaltung von Bolschewik Partizan (Marxistisch-leninistische Zeitschrift aus der Türkei), Rote Fahne (Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs), Gegen die Strömung (Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands) und Westberliner Kommunist (Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins) zum Thema "MAO TSE-TUNG - SEINE VERDIENSTE · SEINE FEHLER" erfolgreich durchgeführt worden.

Obwohl die Veranstaltung nicht als Massenveranstaltung auf Grund des angekündigten Programms geplant war, nahmen mehr als 350 Personen über zwei Tage an dieser Veranstaltung teil. Sie wurde wieder - wie schon die Stalin-Veranstaltung im Dezember 1979 - zweisprachig in deutsch und türkisch durchgeführt. Zur Teilnahme insbesondere an der Diskussion hatten die Veranstalter zahlreiche Organisationen aus dem In- und Ausland eingeladen, unter ihnen sowohl solche, die das Werk Mao Tse-tungs vollständig verdammen, als auch solche, die Mao Tse-tung als fünften "Klassiker des Marxismus-Leninismus" bezeichnen. Außer ei-

ner der kanadischen "Bolschewistischen Union" nahestehenden französischen Gruppe namens "Bolschewistische Tendenz" mache keine Organisation von der Möglichkeit Gebrauch, ihren Standpunkt der Kritik und der Debatte auszusetzen. (Zum Auftreten der Anhänger der Partizan-ZK-Faktion auf der Veranstaltung nehmen wir gleich Stellung.) Offensichtlich besteht bei diesen beiden opportunistischen Strömungen mangelndes Interesse an einer qualifizierten Diskussion bzw. wenig Vertrauen in die Überzeugungskraft der eigenen Argumente.



Das Bild zeigt eine Delegation der MLPÖ bei den Gründern der "Roten Garde" in der Pekinger Tsinghua-Mittelschule. Im Zusammenhang mit diesem Besuch im Jahre 1966 in China wurde auch der Film gedreht, der auf der Veranstaltung gezeigt wurde.

**Demnächst
erscheint:**

Gemeinsame Erklärung zur Veranstaltung

Aus der Tätigkeit unserer Bruderorganisationen:



Aus dem Inhalt:

OFFENER BRIEF DES 3. PARTEITAGS DER MLPÖ AN DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

I. PRINZIPIENLOSER 180 GRAD-SCHWENK IN DER EIN-SCHÄTZUNG MAO TSETUNGS UND DER KP CHINAS

Eine grundlegend falsche Einschätzung Mao Tsetungs. Der 180 Grad-Schwenk der PdAA poliert das Ansehen der Chruschtschow-Revisionisten neu auf. Die revisionistischen Methoden der PdAA bei der Neuerhöhung Mao Tsetungs. Offiziell in Hochrufe auszubrechen und nur intern zu kritisieren oder keine Kritiken ganz für sich zu behalten, ist Doppelzulierung! Die Stellungnahmen der PdAA zur Lage und zur Entwicklung in China ziehen keinen Trennungsrat zwischen Revolution und Konterrevolution. Faulen Methoden bei der Durchsetzung der 180 Grad-Wendung zu Mao Tsetung und zur KP Chinas in der PdAA selbst.

II. EINE GRUNDLEGEND FALSCHEN LINIE IM KAMPF GEGEN DEN WELTIMPERIALISMUS

Die PdAA hat nicht mit der Grundidee der revisionistischen "Drei-Welten-Theorie" gebrochen. Konterrevolutionäre Konsequenzen des Revisionismus der PdAA in der internationalen Politik: Die skandalöse Haltung zum Iran und zur Türkei. Die PdAA ordnet die Beziehungen zu den Staaten der imperialistischen Welt nicht den Erfordernissen des proletarischen Internationalismus unter.

III. DIE LINIE UND POLITIK DER PdAA WIDERSPRICHT IN GRUNDLEGENDEN FRAGEN DEN ERFORDERNISSEN DER FESTIGUNG DER DIKTATUR DES PROLETARIATS IN ALBANIEN

Die PdAA beantwortet die großen Rückschläge des Sozialismus in der Welt mit der Leugnung der Entartungsfahrt in Albanien. Die PdAA setzt ihre falsche Linie mit der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin gleich und leugnet damit die Möglichkeit der Annahme einer revisionistischen Linie und der Entartung der Partei. Statt die Partei und die Massen anhand der Fehler und Mängel zu erziehen, betreibt die PdAA Selbstbeweis-räucherung und Schönfärberei.

Statt freimütiger Debatte in der Partei und vor den Massen - Vertuschung und Verleidung der Widersprüche.

Statt Schwerpunkt beim ideologischen Kampf - Konzentration auf Verbote und Zwangsmaßnahmen.

Ein grundlegender Verstoß gegen die marxistisch-leninistischen Führungsmethoden in der Partei und gegen die Normen des demokratischen Zentralismus.

Grundlegende Verstöße gegen den demokratischen Zentralismus und gegen die Rechenschaftspflicht vor den Massen.

Statt die Massen im Geist des proletarischen Internationalismus zu erziehen - Propaganda des Chauvinismus und der nationalen Exklusivität.

IV. EINE GRUNDLEGEND FALSCHEN HALTUNG IM KAMPF FÜR DIE EINHEIT DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN WELTBEWEGUNG

Die PdAA hält an der revisionistischen Norm der "ausgeschließlich internen Beratung" fest.

Erst dann öffentlich zu kritisieren, wenn man selbst angegriffen wird, ist nationalistisch.

Statt die offene Debatte in der kommunistischen Weltbewegung zu beginnen, setzt die PdAA das diplomatische Intrigenspiel weiter fort.

Statt die ideologischen Widersprüche auf marxistisch-leninistischen Wege auszutragen, hat die PdAA die Beziehungen zur MLPÖ auf revisionistische Weise zum Erliegen gebracht.

Statt prinzipienfest für die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung zu kämpfen, versteckt die PdAA das Chaos und die Verwirrung in der weltweiten kommunistischen Bewegung.

V. DIE SCHWIEREN FEHLER UND ABWEICHUNGEN DER PdAA MÜSSEN KRITISIERT WERDEN, UM DIE REVOLUTIONÄREN ERUNGSCHAFTEN ALBANIENS ZU VERTEIDIGEN UND IM KAMPF FÜR DIE EINHEIT DER KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG VORZUKOMMEN.

*

Aus dem Referat auf dem 3. Parteitag der MLPÖ:

ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER MLPÖ UND DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

Überaus enge und herzliche Beziehungen zur PdAA in der Zeit der Vorbereitung der Parteigründung und unmittelbar danach.

Falsche Ratschläge der PdAA im Zusammenhang mit der Diskussion um den Nixon-Besuch in China im Jahr 1972.

Die PdAA beantwortet den beginnenden Kampf unserer Partei gegen den internationalen Sozialchauvinismus mit dem Totalschweigen der Standpunkte der MLPÖ.

Die Probleme zwischen der PdAA und der MLPÖ auf dem VII. Parteitag der PdAA und unmittelbar danach.

Die PdAA reagiert auf erste öffentliche Kritik der MLPÖ mit der faktischen Beendigung der Parteibeziehungen.

Der vollkommene Bruch nach dem 180 Grad-Schwenk der PdAA in der Haltung zu Mao Tsetung und zur KP Chinas.

Revisionistische Methoden aus dem Arsenal der Chruschtschow-Breschnew- und Deng-Hua-Revisonisten gegen die MLPÖ.

Beziehungen der MLPÖ zur PdAA gibt es nicht mehr, doch die MLPÖ wird in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, die Fehler der PdAA zu diskutieren und für ihre Korrektur zu kämpfen.

Fehler unsererseits, welche die negative Entwicklung der Beziehungen zwischen der MLPÖ und der PdAA mitverursacht haben.

*

Anhang:

DAS GESPRÄCH ENVER HOXHAS VOM 24. JULI 1964 MIT DER DELEGATION DER "ROten FAHNE"

SPENDENAUFRUF

DIE TKP/ML (BOLSCHEWIKI) HAT ALLE REVOLUTIONÄRE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DEN FASCHISTISCHEN KERKEN AUFGERUFEN. IN DEM AUFRUF HEISST ES:

"Unser Land durchlebt die schwärzeste Periode des Faschismus. Beim Angriff der Handlanger des Imperialismus, der Junta, auf unser Volk wurden innerhalb eines Jahres ungefähr 100 000 Revolutionäre, Demokraten und Patrioten in die Kerker des Faschismus geworfen. Die Folterfabriken arbeiten und arbeiten noch immer, ohne stillzustehen. Jetzt werden vor angeblichen "unabhängigen" Gerichten zehntausende Revolutionäre verschiedener Organisationen im Namen der herrschenden Klassen abgeurteilt. Massenprozesse haben begonnen und dauern an..."

Für alle revolutionären Arbeiter und Werktagen ist es heute eine wichtige Aufgabe, sich für diejenigen, die den Kampf in den Folterkammern, den Kerkern und Gerichten führen, einzusetzen und ihnen zu beweisen, daß sie nicht alleine sind... Wir beginnen mit diesem Flugblatt eine Kampagne zur materiellen Unterstützung der Revolutionäre in den Kerkern des Faschismus. Wir werden die Spenden, die wir in dieser Kampagne sammeln, ohne Unterschiede, ungeachtet der Organisationszugehörigkeit allen revolutionären Brüdern und Schwestern, die Hilfe benötigen, auf geeignete Art und Weise zukommen lassen. Wir rufen alle revolutionären Gruppen auf, sich an dieser Kampagne zu beteiligen oder parallele Kampagnen durchzuführen... Sammelt in Euren Kreisen Geldspenden, Kleidung, Schuhe und Medikamente für die gefangenen Revolutionäre..."

WIR UNTERSTÜTZEN DIESEN AUFRUF DER TKP/ML (B) VON GANZEM HERZEN UND FORDERN ALLE INSERE LESER AUF, SICH AUS GANZEN KRÄFTEN AN DIESER KAMPAGNE ZU BETEILIGEN. GELDSPENDEN BITTEN WIR AN W. Hofmann, 6 Frankfurt/M 50, Postscheckkonto Nr. 353795609 ZU SCHAFFEN. SACHSPENDEN AN Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstraße 4, 6 Frankfurt/M.

ZUM TOD VON KLAUS RATTAY:

EIN WEITERES OPFER DES STAATLICHEN TERRORS

September 1981

Das Flugblatt befaßt sich mit den Vorgängen und Hintergründen des Todes von Klaus Rattay im Zusammenhang mit den Kämpfen in Westberlin um die besetzten Häuser.

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

12. September 1981

Anlässlich des Antritts-Besuches des amerikanischen Außenministers Haig macht dieses

Flugblatt klar, daß der notwendige Kampf gegen den US-Imperialismus nicht vom Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus ablenken darf.

KAMPF DEM RASSISTISCHEN AUSLÄNDERERLASS DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

27. November 1981

Dieses Flugblatt wurde gemeinsam mit BOLSCHEWIK PARTIZAN erstellt und entlarvt die chauvinistische und rassistische Ausländerpolitik des westdeutschen Imperialismus. (Siehe S.14)



Die nebenstehenden Flugblätter, die von den Genossen und Genossinnen des WESTBERLINER KOMMUNIST erstellt und verteilt wurden, können gerne bei uns angefordert werden.

Anlässlich des Antritts-Besuches des amerikanischen Außenministers Haig macht dieses